

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HARALD LAEUVEN

Die soziale Differenzierung in der Sowjetunion

Im Winter 1953/54 gab es in der Sowjetunion einen Theaterskandal, der durch die Obrigkeit ausgelöst wurde. Ein neues Drama „Gäste“ von Leonid Sorin war einige Male aufgeführt und auch in der Zeitschrift „Teatr“ gedruckt worden. Die Aufnahme beim Publikum und bei der Kritik war gut, aber von seiten der Partei setzten scharfe Angriffe ein, das erfolgreiche Stück wurde abgesetzt, und Sorin erhielt vom Kulturministerium einen Verweis. Was war der Grund? Das Drama „Gäste“ schildert die heutige Oberschicht der Sowjetunion. Der 70jährige Alexej Kirpitschew, der in einer kleinen Provinzstadt lebt, ist noch ein Revolutionär alten Schlages, der an das Ideal des Kommunismus glaubt. Sein Sohn Pjotr dagegen, Ministerialbeamter in Moskau, hat alle Kennzeichen des Parvenus. Einer seiner Söhne ist der Typ der Jeunesse dorée, über den häufig in der Sowjetpresse geschrieben wird; er will die Diplomatenlaufbahn einschlagen. Das Stück zeigt die moralische Fragwürdigkeit der neuen Oberschicht, die sich durch Opportunitätserwägungen leiten läßt. „Die Macht hat dich vergiftet“, sagt der alte Kirpitschew zu seinem Sohn. Eine Szene aus dem Drama, in dem es wenig Handlung gibt, aber das charakterliche Verhalten der einzelnen Personen die Hauptrolle spielt, hat die Zeitschrift „Osteuropa“¹⁾ abgedruckt.

Zwei Gesichtspunkte treten in dem Beschluß des Kollegiums des Kulturministeriums vom 26. Mai 1954²⁾, der das Verdikt über das Sorinsche Drama verhängt, hervor: Ein „Halunke und Abenteurer“ ist als typischer Vertreter des gesamten Staatsapparates ausgegeben worden, während „ehrliche, der Partei und dem Vaterland ergebene Staatsbeamte“ nicht auftreten. Außerdem ist die Macht als verderblich geschildert worden, obwohl sie im Sowjetsystem „etwas Lichtvolles und Freudiges“ bedeutet. Ein solches Stück ist dazu geeignet, den Glauben an die „unüberwindbare Fähigkeit“ der Sowjetgesellschaft zu untergraben, „auf dem Wege zum Kommunismus ununterbrochen weiter fortzuschreiten“. Die „Literaturnaja Gaseta“ (27. 5. 1954) hat hinzugefügt: Es sei eine Verleumdung, daß die negativen Eigenschaften des Pjotr Kirpitschew nicht Überbleibsel der Vergangenheit, sondern geradezu eine Ausgeburt der sowjetischen gesellschaftlichen Struktur seien. Das sei ein glattes Echo der feindlichen Propaganda.

Dieser Zwischenfall hat sich nach dem Tode Stalins abgespielt zu einer Zeit, da man glaubte, daß eine gewisse Lockerung der geistigen Fesseln eingetreten sei und auch weitere Schriftsteller, z. B. Wera Panowa in den „Jahreszeiten“, die Schattenseiten der neuen Oberschicht zeigten. Sorins „Gäste“ wurden das Signal zu einer literarischen Säuberung, die sich gegen alle Publikationen richtete, in denen, volkstümlich gesprochen, unsympathische Parteibonzen auftraten.

Entstehung der Bürokratie

Die neue Oberschicht ist also empfindlich und ist mächtig genug, um Darstellungen zu unterdrücken, die ihrer Autorität Abbruch tun könnten. Bei allen Wandlungen des Kommunismus in der Sowjetunion in bald vier Jahrzehnten hat sowohl an Zahl wie an spezifischem Gewicht die neue Oberschicht ständig zugenommen. Sie ist mehr und mehr zu

einer in sich geschlossenen Körperschaft geworden, die eine Tendenz zur sozialen Abschließung zeigt. Ihre Mentalität und ihr Lebensstil geben der Sowjetunion von heute das Gepräge. Alle Veränderungen, denen das System unterliegt, werden im Schoße dieser weit verästelten regierenden Schicht geboren, die unter dem Titel der „Diktatur des Proletariats“ über alle materiellen Mittel des Sowjetreiches gebietet.

Die Revolution von 1917 hatte eine Tendenz zur Auslöschung der Klassenunterschiede. Die alte Oberschicht des Zarismus wurde (mehr noch durch die Säuberung der dreißiger Jahre als durch den Bürgerkrieg) ausgerottet, vertrieben oder gleichgeschaltet. Die Unterschiede im Einkommen waren zunächst gering und hatten eine soziale Ausgleichung zur Folge, die nur zeitweise durch die NEP-Periode unterbrochen wurde. Das Heiligenbild der „klassenlosen Gesellschaft“ beherrschte das Denken der alten Bolschewisten. In ihr soll der „neue Mensch“ geboren werden, das Gute über das Schlechte siegen, das ist die frohe Botschaft des Kommunismus. Seine Geschichtsprophetie macht seinen Sieg zur Gewißheit. Sein Ausschließlichkeitsanspruch beruht auf der Überzeugung, im Besitze einer Heilswahrheit zu sein: Unterdrückung und Unrecht werden durch das Mittel der Abschaffung des Privateigentums für immer beseitigt, und der Mensch wird zu einer neuen Würde erhoben.

Dieser Prozeß ist nach der marxistischen Lehre eng mit dem allmählichen „Absterben des Staates“ verbunden. Der orthodoxe Kommunist hielt auch die neuen staatlichen Institutionen für eine vorüber-

INHALT DIESER BEILAGE:

Harald Laeuen:

„Die soziale Differenzierung in der Sowjetunion“

Robert Bertram:

„Aktuelle Probleme der politischen Emigration“ (S. 500)

gehende Einrichtung. Er wollte keine Ministerien, nur „Volkskommissariate“, keine Ränge und Würden. Tatsächlich wurden alle zivilen Ränge abgeschafft und nur in Bezug auf die Armee, die den Bürgerkrieg zu bestehen hatte, eine in ihren Rangstufungen bescheidene Ausnahme gemacht. Der Lebensstil der Revolutionäre war betont schlicht, ihre Kleidung proletarisch, Luxus war in jeder Form verpönt. Sie meinten die neue Brüderlichkeit zu verkörpern und einer allgemeinen Gleichheit den Weg zu bereiten, unter der auch Familie und Schule, Geschichtslehre und kodifiziertes Recht als bürgerliche Einrichtungen zum Absterben verurteilt sein sollten. Grundsätzlich hat Lenin, obwohl er der Begründer des starken Staates war, diese Anschauung stets geteilt. Die Konzentration der politischen Macht war für ihn ein notwendiges Übergangsstadium, solange die kapitalistische Umkreisung bestand.

Die große Wende tritt mit der Periode der Planwirtschaft ein, deren Schöpfer Stalin ist und in der rasch eine Bürokratie der Partei, des

¹⁾ Nr. 46, 4. Jhg. (1954), S. 431 ff.

²⁾ Abgedruckt in „Sowjetskaja Kultura“ v. 5. 6. 1954.

Staates und der Wirtschaft emporschießt und der Kreis der alten Revolutionäre, die tatsächlich ein Kollegium Gleichberechtigter gebildet hatten, durch die Stalinschen Säuberungsmaßnahmen zerstört wird. Die Entstehung der Bürokratie ist der Grund für das Zerwürfnis zwischen Trotzki und Stalin. War die Revolution nur für die Bürokratie gewonnen worden? Trotzki³⁾ nennt sie im Vergleich mit dem Erlöschen der Französischen Revolution die „thermidorianische Reaktion“. Unter Mißachtung der Idee der sozialen Gleichheit sah Trotzki wiederum Menschen am Werk, die Herrscher im Staate waren und das Volk in neuer Unfreiheit hielten. „Die Kontrolle über den Mehrwert,“ so äußert sich der strenge Marxist, „eröffnete der Bürokratie den Weg zur Macht.“ Für Trotzki war die Sowjetunion stalinistischer Prägung der Vorläufer eines neuen Ausbeutungssystems. Er hat nur die Anfänge einer Entwicklung erlebt, die heute zum Aufbau eines hierarchisch streng gegliederten und stark differenzierten Systems, zu der zweiten Revolution, wenn man sie so nennen will, oder, um eine stalinistische Wendung zu gebrauchen: zu der „Revolution von oben“ geführt hat.

„Muttermale“ des Kapitalismus

Der Anhänger des Kommunismus wird hier einwenden, daß die Idee der klassenlosen Gesellschaft bis heute in der sowjetischen Theorie unvermindert in Geltung sei, ihre Verwirklichung aber erst im Zeitalter des Kommunismus erwartet werden könne. Nach der offiziellen Auffassung befindet sich die Sowjetunion etwa auf der Mitte des Weges zwischen Sozialismus und Kommunismus. Es wird nicht geleugnet, daß es auch in der Sowjetunion Klassen gibt, aber durch die Beseitigung der Voraussetzungen für die Ausbeutung sei der antagonistische Charakter dieser Klassen überwunden. In einem Ende 1954 in der Zeitschrift „Woprossy Filosofii“ (Nr. 6/54) erschienenen Artikel von M. S. Selektor⁴⁾ wird behauptet: Noch seien bei den Menschen „Muttermale“ des Kapitalismus vorhanden, sei ihr Bewußtsein hinter der Veränderung ihres gesellschaftlichen Seins zurückgeblieben, daher seien Überbleibsel zu bekämpfen, die nicht von selbst absterben, ja sogar wiedererstehen und sich verstärken können. Aber der Kampf gegen diese Überbleibsel sei kein Kampf gegen irgendeine Klasse der Sowjetgesellschaft, die in moralisch-politischer Haltung zusammenstehe, wohl aber trage er Klassencharakter.

Es ist eine gewundene Argumentation, deren sich Selektor bedient, um klassenkämpferische Maßnahmen, oder besser gesagt, Maßnahmen zur Festigung der bestehenden Ordnung zu rechtfertigen. Sie verdeckt den Tatbestand, daß ein neuer Stand in der Sowjetunion ausschlaggebend geworden ist, der erst allmählich in die kommunistische Begriffswelt als besondere Klasse hineingeschmuggelt worden ist. Ursprünglich ist der Sowjetstaat nach seinem Bekenntnis ein reiner Arbeiter- und Bauernstaat. Vor den Wirtschaftsfunktionären fordert nun Stalin am 23. 6. 1937, daß die Arbeiterklasse sich ihre eigene „produktionstechnische Intelligenz“ schaffen müsse. Soziologisch entsteht diese Schicht aus den Resten des Adels und Bürgertums der Zarenzeit und aus der breiten Schicht der aus dem Arbeiter- und Bauernstand Emporgestiegenen. In seinem Bericht im Dezember 1936 vor dem Obersten Sowjet über den Entwurf zur neuen Verfassung erwähnt Stalin zum ersten Mal das Vorhandensein eines dritten sozialen Faktors, der Intelligenz.

In Anlehnung an Lenin bezeichnet er sie als frei schwebende soziale Zwischenschicht, die keine selbständige Klasse darstelle. Immerhin sei sie jetzt gleichberechtigtes Mitglied der Sowjetgesellschaft, „wo sie gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern, an demselben Stränge ziehend, die neue, die klassenlose sozialistische Gesellschaft aufbaut“⁵⁾. In dem Parteistatut von 1952 wird die Partei als „Kampfbund gleichgesinnter Kommunisten“ bezeichnet, der aus Angehörigen der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz besteht. Die Gliederung in die drei Klassen ist heute allgemein üblich, spiegelt aber die soziale Wirklichkeit in der Sowjetunion ungenau wider.

³⁾ Leo Trotzki, Stalin — Eine Biographie, Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln, S. 523.

⁴⁾ „Gibt es heute in der Sowjetgesellschaft Erscheinungen des Klassenkampfes?“, deutsche Übersetzung in „Die Presse der Sowjetunion“ Nr. 26, 1955 (Kongreß-Verlag, Berlin).

⁵⁾ Stalin, Fragen des Leninismus, 11. Auflage, S. 512, Berlin 1951.

Wer repräsentiert das Volk?

Die Bewertung der Klassegegensätze, soweit ihr Vorhandensein in der Sowjetunion zugegeben wird, lediglich als „Überbleibsel“ ist darauf zurückzuführen, daß der Marxismus einseitig die soziale Frage durch die Abschaffung des Privateigentums für gelöst ansieht. Boris Meissner⁶⁾ hat als erster darauf hingewiesen, daß entscheidender als die rechtlichen Beziehungen der sozialen Schichten zu den Produktionsmitteln deren tatsächliche Rangstellung in der Produktionsorganisation und im Produktionsprozeß ist. Die kommunistischen Parteischulen versichern, daß das „Volk“ über das Gemeineigentum verfüge, aber wer repräsentiert das Volk? In der Praxis übt eine durch ihre Stellung wohlbekannte Elite das Verfügungsrecht über die sozialisierte Wirtschaft aus. Sie besitzt eine Macht, von der sie ungeniert Gebrauch macht und die vielfach größer ist, als die Macht der Eigentümer in den kapitalistischen Ländern. Wenn sie auch keine Fabriken und Latifundien als persönlichen Besitz hat, so liegt doch der Anteil dieser Elite am National-einkommen erheblich über den Anteilen der anderen Volksschichten.

David J. Dallin hat in seinem 1947 erschienenen Buch „Das wirkliche Sowjetrußland“ Berechnungen auf der Grundlage des Jahres 1940 angestellt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Bürokratie, wie er ganz allgemein die neue Führungsschicht bezeichnet, etwa 10 bis 12 % der Bevölkerung ausmacht, aber 30 bis 35 % des Volkseinkommens bezieht⁷⁾. Die auf 20 bis 22 % bezifferte Arbeiterschaft ist am Volkseinkommen mit 33 % und die 53 % betragende Bauernschaft mit nur 29 % beteiligt. Als vierte Klasse rechnet Dallin die Zwangsarbeiter, etwa 8 bis 11 % der Gesamtbevölkerung, die nur 2 bis 3 % des Volkseinkommens erhalten. Die Ziffern dürften sich inzwischen nicht unerheblich zu Gunsten der Bürokratie und zu Ungunsten der Bauernschaft verschoben haben.

Diese ungleiche Verteilung wird nicht als eine Verletzung der kommunistischen Idee betrachtet. Sie wird erklärt mit dem verschiedenen Nutzen, den die Arbeit eines jeden dem Staate einbringt, eine Begründung, die nebenbeigesagt genau so gut von einem Kapitalisten abgegeben werden könnte. Mit der Planwirtschaft ist der Kult der Arbeit aufgekommen. Er führt dazu, den Wert eines Menschen nach seinen produktiven Fähigkeiten zu bemessen. Die sowjetische Verfassung⁸⁾ beruft sich — ohne Quellenangabe — auf das Pauluswort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Es steht in dem Kapitel des Thessalonicherbriefes, das empfiehlt, den „Schädling“, um eine kommunistische Ausdrucksweise zu verwenden, zu beschämen. Der Apostel fügt hinzu: „Doch haltet ihn nicht als einen Feind, sondern vermahnet ihn als einen Bruder“. Dieser Nachsatz fehlt in der Sowjetverfassung und — im sowjetischen Denken. Dem Kommunismus ist Nachsicht wesensfremd. Er läßt kühl den Menschen seine Brauchbarkeit im Fünfjahresplangetriebe erweisen. Hier genießt jedes Rädchen Schutz und hat sogar Anspruch darauf, geölt zu werden. Man darf nie vergessen: Über der Person steht das System. Der Einzelne hat sich in die Gesellschaft, deren politischer Dolmetsch die Kommunistische Partei ist, „zu seinem Besten“ einzufügen. Tut er das nicht, oder hat er aus irgendeinem Grunde seinen Nutzwert für das System verloren, kann er auch nicht mehr gefördert werden. Er wird entweder ausgemerzt oder auf dem Wege über Zwangsarbeit dem System wieder dienstbar gemacht. Das ist die geistige Basis, auf der sich die soziale Differenzierung in der Sowjetunion vollzogen hat.

Die neue Oberschicht

Bei dem Versuch, ein Schema der neuen Klassen zu entwerfen, folge ich im wesentlichen N. S. Timaschew in der New Yorker Zeitschrift „The Reporter“ (Juli 1949). Auch Timaschew unterscheidet vier Klassen.

⁶⁾ „Der Wandel im sozialen Gefüge der Sowjetunion“, Europa-Archiv Nr. 9/1950, und „Rußland im Umbruch“, Frankfurt, 1954.

⁷⁾ In einer späteren Veröffentlichung „The New Russian Intelligentsia“ (in „The Yale Review“, New Haven, Conn. Dez. 1953) veranschlagt Dallin die Stärke der Intelligenzschicht aller Gruppen auf ungefähr 15 Millionen Menschen. Er hat dabei nur die Berufstätigen gerechnet. Wie hoch danach der prozentuale Anteil der Intelligenz einschließlich Familienangehöriger ist, läßt sich angesichts der Tatsache, daß viele russische Frauen berufstätig sind, und der Kinderreichtum der Intelligenz wahrscheinlich nicht groß ist, schwer sagen. Meissner (a. a. O.) nimmt an, daß jeder fünfte berufstätige Sowjetbürger heute der führenden Klasse angehört.

⁸⁾ Artikel 12 der Verfassung der UdSSR von 1936.

Zur ersten rechnet er die höchsten Mitglieder der Partei und ihre Familienangehörigen. Es sind die leitenden Beamten der Ministerien, der Partei und der Zentralverwaltungen, die Generalität, die Manager der Trusts, Fabrikdirektoren, einiger Künstler und Wissenschaftler mit großem Namen. Diese Menschen haben sich zu einer festen Schicht zusammengeschlossen und nehmen das Recht auf gesellschaftliches Ansehen für sich allein in Anspruch. Sie wohnen in Villen und Sommerhäusern, halten Rennpferde, legen Kunstsammlungen an, haben eigene Jagden und Landgüter, zur Erholung halten sie sich auf der Krim oder im Kaukasus auf. Ihren Lebensstil begründen sie mit der „Breite der russischen Naturen“ wie die zaristische Gesellschaft und streuen wie diese generös Trinkgelder aus. Sie legen Wert auf gute Kleidung, die Frauen tragen Pelzmäntel und besitzen Juwelen. Die Berichte über Modeschauen in Moskau werden mit jedem Jahre reichhaltiger. Die Industrie von Kosmetika und Parfümen, die nach der Revolution unmöglich war, ist in einem starken Aufstieg begriffen.

Die Kinder dieser Schicht führen das typische Leben der Jeunesse dorée. Einzelfälle werden häufig in der Presse angeprangert. Das ist gestattet, nur dürfen daraus nicht allgemeine Rückschlüsse gezogen werden, wie der Fall Sorin zeigt. Der rauhe Ton der alten Revolutionäre ist nicht mehr angebracht. Guter Ton und gute Manieren werden ständig gepredigt. Sogar die „kultivierten Gardinen“ und der „kultivierte Urlaub“ gehören zu dem auch ungeschriebenen schon eine große Autorität besitzenden sowjetischen Knigge. In der „Komsomolskaja Prawda“ (vom 26. 9. 1954) kann man Sätze lesen wie: „Gute Beziehungen im gesellschaftlichen Leben sind undenkbar ohne eine gute Erziehung“, die genau so für die Jugend von Eton und Oxford bestimmt sein könnten.

Ein gewisses Merkmal für das Wachsen der Führungsschicht sind die Angaben über die Zahl der Hausangestellten. Nach der Theorie schaffen Hausangestellte keinen Mehrwert, daher gilt ihre Beschäftigung nicht als Ausbeutung. 1923 gab es 150 000 Hausangestellte, 1927 = 339 000, 1929 = 398 000 und 1932 = 406 000. Wenn Statistiken diesen Punkt dann nicht mehr berührt haben, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß die weitere erhebliche Steigerung der Zahl der Hausangestellten der kommunistischen Propaganda Unannehmlichkeiten bereitet hätte. Dabei könnte geltend gemacht werden, daß das Halten von Hausangestellten nicht unbedingt ein Zeichen von Wohlstand sondern in vielen Fällen darauf zurückzuführen ist, daß die Ehefrau neben dem Mann verdienen muß. Aber auf eine solche Diskussion kann der Kommunismus sich nicht einlassen. Abgesehen von Dienstmädchen gibt es in den Häusern der Elite selbstverständlich die Chauffeure für die Dienstwagen; die Verbreitung dieses Dienersandes ist statistisch jedoch nicht erfaßbar.

Die Konsolidierung der neuen Oberschicht ist durch eine Reihe von Maßnahmen ermöglicht worden, von denen wir nur die wichtigsten nennen wollen. 1931 wird das Gleichheitsprinzip bei der Entlohnung aufgegeben und das Prämiensystem eingeführt. Damit ist der Anfang zu krassen Unterschieden in den Einkommenverhältnissen gemacht. In den dreißiger Jahren gibt es die ersten Rubelmillionäre, Techniker, Erfinder und Schriftsteller, die Summen verdienen, die auch in kapitalistischen Ländern nur wenigen vergönnt sind. 1945 wird eine Erbrechtsreform vorgenommen, die in Verbindung mit dem Gesetz vom 26. August 1948 jedem Sowjetbürger das Recht zugesteht, durch Kauf oder Bau ein Wohnhaus, das fünf Zimmer haben darf, als persönliches Eigentum zu erwerben. Nutznießer der Berechtigung zum Erwerb von Häusern ist naturgemäß die Oberschicht, die allein die Mittel dafür aufbringen kann. Sie erhält auch die Möglichkeit, ihr Geld nutzbringend anzulegen. Seit der Finanzreform von 1934 zahlen sowjetische Banken und Sparkassen Zinsen, ebenso der Staat, der für den Erwerb von Obligationen auch noch Steuervergünstigungen gewährt. Solche Vermögen können unbeschränkt vererbt werden. Es gibt auch keine gesetzliche Bestimmung, die verbietet, im Wege der Erbschaft in den Besitz mehrerer Häuser zu gelangen.

Das neue Erbrecht begleiten Maßnahmen zur „Festigung der sozialistischen Familie“, wie der offizielle Ausdruck lautet. Seit 1944 kann nur noch die registrierte Eheschließung Rechte und Pflichten der Ehegatten begründen. Die Theorie der „freien Liebe“ wird heute als „Anar-

chismus“ verdammt und die Ehescheidung erschwert. Reicher Kindersegen ist von Staatswegen erwünscht, dafür gibt es Prämien und Mutterschaftsmedaillen. Zu dem tugendsamen Sowjetbürger gehört auch das geordnete Familienleben. Es ist eine der Voraussetzungen für den Aufstieg.

Züchtung des Kastengeistes

Die privilegierte Stellung der Führungsschicht findet durch Vorzugsrechte vieler Art (Kauf in besonderen Geschäften, Besuch bestimmter, für andere gesperrter Geschäften usw.), durch Ordensverleihungen, durch Dienstränge mit den entsprechenden Rangabzeichen und Uniformen ihren sichtbaren Ausdruck. Die markantesten Etappen dieser Entwicklung seien hier aufgeführt.

7. Mai 1940: Generals-, Marshalls- und Admiralsränge für Armee und Flotte. Es gibt allein drei verschiedene Marshallsränge.

9. Mai 1941: Dienstränge für die diplomatischen Vertreter im Ausland.

21. Mai 1942: Besondere Dienstränge und Rangabzeichen der Gardetruppen. Der Begriff „Garde“ hatte im Zarismus einen besonderen Klang und war daher in der Revolution besonders verhaßt.

4. September 1943: Dienstränge und Rangabzeichen im Eisenbahnverkehrswesen.

16. September 1943: Dienstränge und Rangabzeichen im Staatsanwaltsdienst. Die Stufenleiter umfaßt bei den Staatsanwälten 11 Grade.

8. Juli 1945: Militärische Dienstränge und Rangabzeichen in dem gesamten Polizeidienst, einschließlich Strafvollzug, Zwangsarbeitslager, Standesamtswesen, Archivdienst, Straßenverkehrswesen sowie bei den Bauten von Straßen, Kanälen, Wasserkraftwerken und Rüstungsanlagen.

1. September 1947: Dienstränge und Rangabzeichen in der Binnenschifffahrt.

10. September 1947: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal in der Kohlenindustrie.

14. Oktober 1947: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal des geologischen Dienstes.

10. Dezember 1947: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal der Schwarzmetallindustrie (dasselbe für die Buntmetallindustrie am 20. März 1948).

3. Juli 1948: Dienstränge und Rangabzeichen in der Seeschifffahrt.

10. Juli 1948: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal im Finanz-, Bank- und Kreditwesen.

13. Dezember 1948: Dienstränge und Rangabzeichen bei der Post und im Rundfunk.

17. Mai 1949: Dienstränge und Rangabzeichen im Beschaffungswesen.

18. Mai 1949: Dienstränge und Rangabzeichen im Staatskontrolldienst.

28. Dezember 1950: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal im hydrotechnischen Dienst und in den Schiffsreparaturwerkstätten.

Als Abschluß der Liste sei das Kuriosum erwähnt, daß (laut „Prawda“ vom 11. 11. 1953) dem Ministerium für Industriegüter des allgemeinen Konsums von der Regierung gestattet wurde, Putzmachern folgende Titel zu verleihen: Kolorist, Künstler und Meister der Putzmacherei 1., 2. und 3. Ranges. Wenige Tage später (am 19.) berichtete das gleiche Blatt, daß in der Fischerei der Titel „Meister großer Fänge“ eingeführt worden ist.

Wer weiß, ob es noch ein zweites Land auf der Welt gibt, das sich in bezug auf Orden, Titel und Ränge mit dem kommunistischen Sowjetstaat auch nur annähernd vergleichen kann. Auch wenn man davon ausgeht, daß der Sinn des Systems ist, durch Auszeichnung die Menschen zu höherer Leistung anzustacheln, so ist doch eine unvermeidliche Begleiterscheinung die Züchtung eines Kastengeistes und von diensteifriger Ergebenheit, an der es in der Sowjetunion wahrlich nicht fehlt. Die

Differenzierung kommt selbst in der Größe der Schreibtische im Büro, in der Qualität der Büromöbel, in der Sitzgelegenheit am Arbeitstisch, ja im Vorrang beim Eintreten durch die Tür, in der Art, wie der Gruß erwiesen wird, für den meist genaue Vorschriften bestehen, und im Stimmfall der Anrede von Vorgesetzten und Untergebenen zum Ausdruck. Die Gewohnheit der Zarenzeit, Untergebene mit „Du“ anzureden, während die Untergebenen ihrerseits gegenüber dem Vorgesetzten den vollen Titel gebrauchen, hat sich wieder eingebürgert.

Es gibt eine Erzählung von Tschchow, „Der Tod des Beamten“, die in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erschien. Iwan Dmitritsch Tscherwjakow passierte es, daß er im Theater niesen mußte. Mit Entsetzen bemerkte er, daß er dabei die Glatze des Generals Brisshalow bespritzt hatte. Der Beamte entschuldigte sich sofort von seinem Platz aus. In der Pause entschuldigte er sich ein zweites Mal. Am nächsten Tag meldete er sich im Vorzimmer des Generals und brachte seine Entschuldigung noch zweimal vor. Als er am Tage darauf wiederkam, wurde er als lästig hinausgeworfen. Der arme Beamte starb vor lauter Angst. Im Jahre 1950 ereignete sich in der Sowjetunion folgende Geschichte: Auf der Moskwa fuhr der Dampfer „Gagry“ unter dem Kommando des Kapitäns Winogradow nach dem Südhafen. Ihm kam der Motorkutter „Bystryj“ entgegen, der den stellvertretenden Chef der Binnenschiffahrt, Sidorow, an Bord hatte. Der Dampfer gab Signal „Backbord halten“. Der Kutter machte wohl eine Wendung nach links, fuhr aber zu nahe an dem Dampfer vorbei. Die Wellen schlugen gegen die Bordwand des Kutters und bespritzten den Anzug des stellvertretenden Chefs der Schifffahrt. Noch am gleichen Tage verlangte Sidorow von Winogradow eine Erklärung. Unabhängig davon erhielt der Kapitän sofort wegen unehrlichen Verhaltens einem Vorgesetzten gegenüber einen Verweis, außerdem wurde ihm seine Prämie entzogen. Diese Geschichte war in der Moskauer Zeitung „Trud“ vom 25. Oktober 1950 zu lesen, die dabei ausdrücklich auf die Tschchow-Novelle Bezug nahm. Der Vorfall illustriert sehr gut die Zustände, die sich in dem hierarchischen System der Sowjetunion herausgebildet haben. Wie soll sich da noch der einfache Mann zur Geltung bringen?

Der sowjetische Mittelstand

Als zweite Klasse — um in der Aufzählung fortzufahren — bezeichnet Timaschew den sowjetischen Mittelstand. Zu ihm gehören gewöhnliche Parteimitglieder, ferner Offiziere, Ingenieure, Buchhalter, Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller, Musiker, Künstler, sofern sie nicht durch ihr Einkommen und ihre Beziehungen der Klasse 1 zuzuordnen sind. Auch die Leiter der Kolchosen, Sowchosen und MTS sind an dieser Stelle zu nennen, die allmählich eine den alten Gutsbesitzern ähnelnde Rolle spielen. Dieser Mittelstand stellt das Hauptkontingent der „Apparatschiki“, der Apparateleute, die in Partei, Staat, Wirtschaft und den Massenorganisationen die Hebel der Maschine bedienen. Die Kinder dieses Mittelstandes besuchen die Oberschulen und häufig auch die Hochschulen und bemühen sich um Anschluß an die Angehörigen der ersten Klasse.

Der Drang zum sozialen Aufstieg ist übermächtig. In der „Prawda“ (z. B. vom 24. 5. 1955) kann man Klagen darüber lesen, daß der Nachwuchs, der von den höheren Schulen kommt, keine Handarbeit mehr leisten will. „Gott sei Dank“, sagte die Nachbarin des Verfassers eines Leserbriefes an die „Literaturnaja Gaseta“ (vom 19. 8. 1954), „sind alle meine Kinder studierte Leute: der ältere arbeitet als Ingenieur in Minsk, die Tochter als Ärztin in Mogilew. Doch mit dem Jüngsten haben wir großes Pech: er will zur Fabrik gehen“. Handarbeit gilt, soviel auch von oben dagegen gesagt wird, als deklassierend. Bürodienst und Wohnsitz in der Großstadt erscheinen der Jugend allein erstrebenswert. Die Hörerziffer von 1 562 000 an den Hoch- und Fachschulen der Sowjetunion im Studienjahr 1953/54 kann man als Zeichen der Fortschrittlichkeit deuten, man kann sie aber auch für erschreckend halten. Wohin mit der Massenproduktion der Intelligenz, wenn die planwirtschaftliche Expansion an Grenzen gelangt ist? Vorläufig ist das Wachsen des Mittelstandes noch kein politisches Problem, denn er hat bei politischen Entscheidungen kein Mitbestimmungsrecht, er ist nur Exekutivorgan, als solches jedoch wichtig für die Inganghaltung von Verwaltung, Industrie, Handel und der kulturellen Einrichtungen. Sein Lebensstan-

dard ist bei einem Monatsverdienst, der zwischen 1000 und 2000 Rubel liegt, ausreichend; er besitzt zu einem Teil kleine, aber private Häuser und kann sich ab und zu eine Reise leisten.

Die dritte Klasse

Die Mehrheit des Volkes gehört zur dritten Klasse. In ihr sind die untersten intellektuellen Arbeiter mit geringer Bildung, die Industriearbeiter und die Bauern vereinigt. Aber auch innerhalb dieser Schicht, die keinerlei Rechte besitzt und gerade ihren Lebensunterhalt fristen kann, für die schon die Anschaffung eines Paares Schuhe ein Familienproblem darstellt, und die auf einem engen Wohnraum zusammengepfercht ist, gibt es große Unterschiede. Immer mehr hat sich aus der Masse der Arbeiterschaft, aus den Spezialisten, Werkmeistern, Vor- und Stoßarbeitern eine „Arbeiteraristokratie“ herausgehoben, die in den Genuß der Akkord- und Prämienzuschläge kommt und nach ihrem Einkommen vielfach zur zweiten, in einzelnen Fällen sogar zur ersten Klasse gehört.

Bei Beginn der Fünfjahrpläne (1928) war der Unterschied zwischen dem Arbeitslohn der niedrigsten und höchsten Kategorie 1 : 2,8. 1940 betrug der Spitzenlohn eines Arbeiters 10 600 Rubel, der offizielle monatliche Durchschnittslohn 339 Rubel. Das Verhältnis zwischen der niedrigsten und höchsten Kategorie war 1 : 31,3. Die Geheimhaltungstaktik der Statistik erlaubt keine präzisen Angaben über die spätere Zeit, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Spanne zwischen dem Minimal- und Maximallohn noch erheblich zugenommen hat. Man kann nur soviel sagen, daß heute ein angelernter Arbeiter etwa 600 bis 700 Rubel im Monat verdient, ein ungelerner ungefähr die Hälfte, die Einkommen der Angehörigen der Arbeiteraristokratie gehen in die Tausende.

Die sowjetische Literatur spricht, soweit es sowjetische Verhältnisse betrifft, niemals von Arbeiteraristokratie, sie betrachtet eine solche Schichtenbildung als schädlich. Man muß sich schon an Darstellungen über fremde Länder halten, wenn man von ihr eine Definition erhalten will. B. N. Michalewski hat in den „Woprossy Istorij“ (Nr. 1/55) sich mit der Arbeiteraristokratie in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg beschäftigt. Seine Formulierung lautet: „Die Arbeiteraristokratie besteht aus einer bestimmten Schicht von Arbeitern, die ein erheblich höheres Einkommen haben als die Hauptmasse der Arbeiter und deren Lebensstandard dem der Kleinbürger nahekommt. . . Aus den Reihen der Arbeiteraristokratie, die mit dem Proletariat zusammenarbeitet, schält sich im Laufe der Zeit die Arbeiterbürokratie heraus. . . (In dem Artikel sind Beamte der SPD, Gewerkschaften, Genossenschaften und Selbstverwaltung damit gemeint.) Die Arbeiteraristokratie . . . ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. . . Am Vorabend des 1. Weltkrieges wird die Arbeiteraristokratie in Deutschland zur sozialen Hauptstütze des vom Junkertum und von der Bourgeoisie getragenen Imperialismus“. Die Parallelität zur sowjetischen Entwicklung liegt nahe. Die Arbeiteraristokratie in der Sowjetunion ist die soziale Hauptstütze der neuen regierenden Schicht. Sie hat im 2. Weltkrieg den in der Form des Sowjetpatriotismus auftretenden Imperialismus mitgetragen.

Die soziale Aufspaltung der Arbeiterklasse erleichtert dem System ihre Beherrschung. Die Mehrheit der Arbeiter, insbesondere die ungelerten, und die meisten Bauern gehören nach Wilhelm Starlinger⁹⁾ zu der „grauen Masse des hin- und hergeschobenen Termitentums“, die er als eine Schicht in der Sowjetunion definiert, die niemals dem Regime gefährlich werden kann, weil sie nur von dem Kampf um das nackte Dasein ausgefüllt ist.

Dem Bauerntum ist bei Beginn der Planwirtschaftsperiode durch die Kollektivierung das Rückgrat gebrochen worden. Dadurch ist der Bauer auf das Niveau eines Landarbeiters herabgedrückt worden. Auf seine Kosten ist die Industrialisierung betrieben worden. Wenn auch die Zeit vorbei ist, da russische Bauern in den großen Städten um Brot bettelten, hat sich an der Gedrücktheit der Bauernklassen nichts geändert. Exakte Angaben über Einkommensverhältnisse sind schwer zu machen und geben kein einheitliches Bild. Nach einer amerikanischen Unter-

⁹⁾ „Grenzen der Sowjetmacht“, Würzburg 1955, S. 76. Vgl. auch Beilage B XIV, Ausg. 6. April 1955.

suchung¹⁰⁾ betrug im Moskauer Gebiet (im Zeitraum 1948–50) der durchschnittliche Barverdienst eines Bauern für seine Arbeit im Kolchos noch nicht 30 Kopeken je Arbeitstag, das sind weniger als 100 Rubel im Jahr für einen Haushalt. Für Estland kommt Aleksander Kaelas¹¹⁾ dagegen zu dem Ergebnis, daß ein Bauer in einem gewöhnlichen Kolchos 1953 knapp 150 Rubel im Monat verdient haben dürfte. Höhere Schätzungen gibt es kaum. Die Unlust, unter den gegenwärtigen Bedingungen weiter auf dem Lande zu arbeiten, kommt in einer Flucht — der Ausdruck Wanderung ist zu schwach — in die Städte zum Ausdruck.

Der Prozeß der Verstädterung

Starlinger gibt eine interessante Beobachtung wieder. Bei einem Vergleich der Bildaufnahmen von Massenzusammenkünften in den Zeitungen der Großstädte, der Provinzen und des Landes kann man feststellen, daß in den Großstädten der Mann dominiert, vor allem der jüngeren Generation, dagegen tritt er in den mittleren und vornehmlich in den kleineren Städten zunehmend zurück. In den Kolchosen wird der Mann schon einzeln zählbar. Man könne ohne Übertreibung sagen, daß auf vielen Bildern einem Mann mehr als 100 Frauen zahlenmäßig entsprechen. Die sowjetische Agrarpolitik hat also dazu geführt, daß der männliche Landbewohner resigniert und die Frauen zurückbleiben, von deren Arbeit das Gedeihen des Kolchos abhängt.

Der Prozeß der Verstädterung ist in Verbindung mit der sozialen Umschichtung gar nicht wichtig genug zu nehmen. 1926 betrug die Stadtbevölkerung der Sowjetunion erst 26, 1939 = 61 und — nach Angaben Malenkows¹²⁾ — 1953 = 80 Millionen. Das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung war 1926 1 : 4^{1/2} und 1940 1 : 3. Für 1953 läßt sich das Verhältnis in Ermangelung neuer Volkszählungsziffern nur schätzen. Es kommen jetzt etwa auf 4 Städter 5 Landleute. Nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre wandern jährlich rund zwei Millionen Menschen vom Dorf in die Stadt¹³⁾. Die Sowjetunion wird bald den Zeitpunkt erreicht haben, in dem die Mehrheit der Einwohner in den Städten wohnt. Unabhängig davon führt die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Bildung von Agrostädten zu einer von oben her gewünschten und geförderten Urbanisierung des Landes. Die Veränderung des russischen Menschen durch die Verstädterung ist ein Vorgang, dessen innere Konsequenzen noch nicht abzusehen sind. Die krampfhaften Versuche des Regimes, Jugendliche und leitendes Personal auf dem Lande anzusetzen, werden den Verstädterungsprozeß nicht aufhalten können.

Auf der Landwirtschaftskonferenz in Saratow am 17. 3. 1955 forderte Chruschtschow mit großem Nachdruck, daß die Leitung der Staatsgüter, MTS und Kolchosen den besten Männern, landwirtschaftlichen Spezialisten und Organisatoren der Produktion übertragen werden solle. Aus Partei, Verwaltung, Wirtschaft und Technik sollten bis Juli 1955 30 000 qualifizierte Kräfte zu diesem Zweck herangezogen werden. Welche Bedeutung Chruschtschow diesen Funktionären zumaß, geht aus seiner weiteren Bemerkung hervor, daß sie Parteimitglieder und Söhne der Arbeiterklasse sein müßten. Wenige Wochen später forderte er auf einer anderen Konferenz¹⁴⁾ Bestrafung für die Betriebsleiter, die im letzten Jahr im Gebiet von Moskau „Unwürdige“ für die MTS empfohlen hatten. Gleichzeitig kritisierte die „Prawda“¹⁵⁾, daß die Neubesetzung der leitenden Stellen in den landwirtschaftlichen Betrieben durch fähige Leute unbefriedigende Fortschritte mache. Sie hielt es für nötig zu betonen, daß leitende Arbeit auf dem Lande nicht weniger ehrenvoll und verantwortlich sei als in städtischen Betrieben. Man braucht aber nur in der gleichen „Prawda“ zu blättern, um in ihr Schilderungen zu

finden wie in der Nr. vom 23. 1. 1955. Dort lesen wir, wie der Leiter des städtischen Gesundheitsamtes von Baku von einem leitenden Beamten des Gesundheitsministeriums des aserbajdschanischen SSR angerufen wird. Die Situation ist so, daß in der Stadt Mediziner im Überfluß vorhanden sind und täglich sich neue melden, die nicht mehr untergebracht werden können. Dagegen fehlt weit und breit auf dem Lande ärztliche Hilfe. Der Ministerialbeamte weigert sich aber entschieden, Mediziner auf das Land zu vermitteln, er will vielmehr der Bakuer Behörde noch weitere Bewerber aufhalsen. Grund: „Das sind alles sehr zarte Menschen. Das Dorf liegt ihnen nicht. Versucht man nur, sie irgendwo außerhalb des Zentrums von Baku einzusetzen, wird man die Unannehmlichkeiten nicht los. Die Väter bedrängen mich . . . Sie verstehen . . . Das sind alles Kinder meiner Freunde, der Freunde meiner Vorgesetzten und Ihrer Freunde“. Am 25. 2. 1955 beklagte ein Leitartikel der „Prawda“ den Mangel an Bereitschaft bei den jungen Spezialisten, die großen Städte zu verlassen und auf dem Lande zu arbeiten. Infolge dieser inneren Einstellung ist das ganze Experiment der Verpflanzung der Intelligenz höchst problematisch.

Auf die Dauer ist ausschlaggebend, ob die Menschen auf dem Lande bleiben wollen. „Einige der auf das Land entsandten Genossen benehmen sich dort falsch“, schrieb „Partijnaja Shisnj“ (Nr. 7/1955). „Sie rechnen damit, daß ihr Aufenthalt auf dem Lande nur vorübergehend ist und lassen ihre Familien nicht an den neuen Arbeitsplatz umziehen.“ Mit dieser auf „einige Genossen“ beschränkten Feststellung ist ein die Intelligenz allgemein kennzeichnender Grundzug berührt. Sie betrachtet es als eine Strafe, wenn sie in ländliche Einsamkeit versetzt wird, der sie so bald als möglich wieder zu entfliehen sucht. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß eine Verwurzelung städtischer Elemente auf dem Lande nur in den seltensten Fällen gelingt. In der Sowjetunion begegnet dieser Kolonisationsversuch von oben dem Strom der Bauern, die das Dorf in der Hoffnung verlassen, in der Stadt eine Chance zur Verbesserung ihrer sozialen Lage zu finden.

Die „Feinde des Volkes“

Die vierte Klasse schließlich sind für Timaschew ebenso wie für Dallin die Insassen der Arbeitslager, die staatlichen Sklaven und Gefangenen, die als „Feinde des Volkes“ unterhalb des Existenzminimums existieren müssen, aber als Arbeitsfaktor für die volkswirtschaftliche Planung von erheblicher Bedeutung sind. So stark an Zahl diese Gruppe auch ist, sie fristet ihr Dasein außerhalb des normalen Lebens des sozialen Organismus.

Die Klassengliederung und -absonderung hat in der Sowjetunion feste Formen angenommen. Die Zeit des ungehemmten sozialen Aufstiegs, die ihre Ursache darin hatte, daß der Staat einer neuen Intelligenz dringend bedurfte, ist vorbei. 1932 fiel die Bestimmung über den „Arbeiterkern“ an den Hochschulen. Sie besagte, daß 65 Prozent der Studenten der Arbeiterklasse angehören müßten. Seitdem stellt den Hauptteil des akademischen Nachwuchses die Intelligenz selbst. 1940 wurde der verfassungsmäßig verbürgte kostenlose Unterricht abgeschafft, soweit er sich auf die drei oberen Klassen der Oberschule, die Hochschulen und Fachschulen bezog. Die Zuteilung von Stipendien wurde an verschärfte Bedingungen geknüpft. Seitdem ist die Ausbildung wieder eine Kostenfrage. Sie mögen immer noch mäßig sein, aber sie genügen, um breiten Schichten den Weg nach oben zu versperren. Alle Berufe haben die Bildungsanforderungen erhöht, auch die Parteilaufbahn bedarf der Absolvierung der Parteihochschule. Wer im Kriege in Rußland war, weiß, welche Rolle es in der Bevölkerung spielt, eine wievielklassige Schule einer besucht und welche Prüfungen er abgelegt hat. Die Tendenz zu einer berufsständischen Abkapselung ist immer stärker geworden. Außerdem hat die Führungsschicht, nachdem sie sich stabilisiert hat, die Neigung, nur noch beschränkt Außenstehende aufzunehmen. Das Vorrecht der Geburt gilt wieder. Die Kadettenschulen werden in der Hauptsache heute von Offiziersöhnen besucht. Je nach Rang und Beziehungen sucht jeder Funktionär seine Familienangehörigen gut unterzubringen. Offiziell wird zwar die Vetternwirtschaft kritisiert, tatsächlich aber geschieht nichts dagegen. Es gibt sogar staatliche Maßnahmen, die dafür sorgen, daß die verdienten Familien einen guten Platz behalten. Als Beispiel sei eine Anordnung des Ministerrats der UdSSR (veröffentlicht

¹⁰⁾ A. Nove und Roy D. Laird „Kolchoz Agriculture in the Moscow Oblast“, in „The American Slavie and East European Review“, New York, Dezember 1954. Deutsche Übersetzung in „Ost-Probleme“ 7. Jhg. S. 845 ff.

¹¹⁾ „Das Verdienst der Kolchosbauern in Sowjetrußland“ in „Osteuropa“, 5. Jhg., H. 3, S. 178 ff.

¹²⁾ Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 8. 8. 1953.

¹³⁾ Chruschtschow: „In diesen fünf Jahren sind mehr als 9 Millionen Menschen vom Dorf in die Stadt abgewandert.“ Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU am 25. 1. 1955.

¹⁴⁾ Konferenz der Landwirtschaft der Zentralen Nichtschwarzerdezone im Kreml am 6. 4. 1955.

¹⁵⁾ 5. 4. 1955.

in der „Prawda“ vom 7. 9. 1951) beim Tode des Generalobersten Schtschadenko genannt. Hierin wurde nicht bloß der Frau des Verstorbenen eine Rente gesichert, sondern es wurden auch ausgiebige Stipendien für den Sohn und eine von diesem Sohn unterhaltene weibliche Person bis zum Abschluß des Studiums bewilligt.

Die Kommunistische Partei — eine Interessenpartei der herrschenden Klasse

Die Kommunistische Partei ist eine Interessenpartei der herrschenden Klasse geworden. Der Verzicht des XIX. Parteitag auf die Bezeichnung „bolschewistisch“, die zwar nach Erledigung der Menschewisten ihre Bedeutung verloren, aber inzwischen revolutionären Weltklang gewonnen hatte, war ein Symptom. In ihrer sozialen Zusammensetzung hat die heutige Partei kaum noch etwas mit der des Jahres 1917 gemein. Auf dem Parteitag 1930 besaßen 22.9 Prozent der Delegierten Hochschul- oder Oberschulbildung, 1934 = 41.0 Prozent, 1939 = 54.0 Prozent und 1952 = 85.2 Prozent. Bei denjenigen, die nur eine Grundschul- oder nicht abgeschlossene Oberschulbildung besaßen, ist nicht mitgeteilt worden, ob es sich um Angestellte, Arbeiter oder Bauern handelte. Überwiegend dürften sie der Parteibürokratie und damit der Funktionärsklasse angehören. Meissner¹⁶⁾ schätzt den Anteil der neuen Intelligenz an der Gesamtzahl der Parteimitglieder auf mindestens 60 Prozent. Dallin¹⁷⁾ betont besonders den Wandel der Mentalität. Zu 90 Prozent oder sogar noch mehr bestehe die Partei heute aus typischen „Sowjetphilistern“, die wenig Ähnlichkeit mit den alten Fanatikern und Idealisten hätten, keine hochfliegenden Ideale verfolgten, aber wohl wüßten, daß sie der Revolution alles verdankten. Weder in der Partei noch im Parlament, dem Obersten Sowjet, sind wirkliche Handarbeiter und Bauern noch in einem nennenswerten Maße vertreten. Wenn die amtlichen Statistiken anders lauten, so beruht das auf dem Kunstgriff, Staatsangestellte den Handarbeitern zuzurechnen. In kaum einem westeuropäischen Lande dürfte die politische Vertretung der Arbeiter und Bauern so schwach sein wie heute in der Sowjetunion. Die Worte „Proletariat“ und „Proletarier“ werden in der Presse im Vergleich zu früheren Zeiten nur noch selten gebraucht.

Die Konsumentenpolitik

Nach dem Tode Stalins war die aus seiner Hand hervorgegangene Führungsschicht gewissermaßen sich selbst überlassen. Mit Malenkov gelangte ein typischer Vertreter der Apparatschiki an die Regierungsspitze. Seine Konsumentenpolitik entsprach den Wünschen der Intelligenz, die einen bequemen, westeuropäischen Massen angenäherten Lebensstil kultivieren möchte. So schwach auch die praktischen Erfolge gewesen sein mögen, mit dieser Politik war doch eine Änderung der Mentalität verbunden. Zum ersten Mal durfte der Sowjetbürger, sofern er kaufkräftig war, in seiner Eigenschaft als Kunde als Fordernder auftreten. Sein Geschmack und seine Wünsche beeinflussten die Planung.

Es war nur zweifelhaft, ob man diese Neuorientierung unbedingt als einen Weg zum Sozialismus bezeichnen mußte. Für Eisschränke, Nähmaschinen, Waschmaschinen, Kerosinherde, Radio- und Fernsehapparate, Fahrräder, Uhren, Samoware, Kristallgefäße, Tüllgardinen, Atlasbänder, Baumwollstoffe, Schuhe und Nahrungsmittel wurden hohe Produktionssteigerungen vorgesehen. Es war ein Programm der Equipierung der russischen Kleinbürgerfamilie. Zu diesem Stil paßte es auch, daß die Schaffung von 18 Millionen Schrebergärten vorgesehen war. Früherer Behördenschluß wurde damit begründet, daß man für die Angehörigen Zeit haben müsse, eine Einstellung, die in der Stalinzeit als ganz unkommunistisch gegolten hätte. Dieses „Zeit-haben“ für das Familienidyll konnte für den Charakter des Regimes geradezu belastend werden. Und so finden wir denn auch bald wieder z. B. in den „Woprossy Filosofij“ (6/54) sorgenvolle Betrachtungen¹⁸⁾, daß in der Ehe und der Familie die Überreste des Kapitalismus besonders zählebig seien. Ihre Bekämpfung werde erschwert, meint der Verfasser, weil sie der Gesellschaft häufig verborgen blieben. Er verurteilt scharf, daß der berufstätige Ehemann „seine Frau dazu verdammt, in der Hausarbeit zu verkümmern“. Auf diese Weise gerate die Frau nicht nur unter den

Einfluß des kleinbürgerlichen Alltagslebens, sondern auch der kleinbürgerlichen Weltanschauung. Hier wird eine Problematik sichtbar, mit der das System nicht mehr fertig wird. Es verkündet als sein oberstes Ziel dauernd die Hebung des Lebensstandards. Je mehr sich der Standard hebt, desto weniger besteht für die Sowjetfrau die Notwendigkeit zur Berufsarbeit und desto stärker wird die Gefahr ihres Abfalls in Vorstellungen, die von der amtlichen Theorie als „kleinbürgerlich“ bezeichnet werden. Die inneren Gefahren, die sich aus der Konsumentenpolitik für das System ergaben, haben mit zu der Aufgabe dieses Kurses beigetragen.

Rückkehr zum Primat der Schwerindustrie

Mit der Rückkehr zum Primat der Schwerindustrie entstehen auch Unannehmlichkeiten für die Intelligenz, deren Bedürfnis nach feineren Waren nicht mehr restlos befriedigt wird. Es gibt dafür kleine Symptome. Nach dem Sturze Malenkows berichtete die schwedische Presse, daß eine Sowjetdelegation, mit der Schweden Verhandlungen über einen Warenaustausch führte, sich sehr zurückhaltend gegenüber Kleiderimporten zeige. In der Malenkov-Ära waren aus Schweden in steigendem Maße Erzeugnisse der Konfektions- und Textilindustrie, darunter Zehntausende von Fräcken, nach der Sowjetunion geliefert worden¹⁹⁾.

Doch sind es nur verhältnismäßig geringe Abstriche, die von der führenden Schicht in der gegenwärtigen Phase verlangt werden. Geblieben ist das in der Malenkov-Zeit zum erstenmal zur Allgemeingültigkeit erhobene Prinzip der persönlichen materiellen Interessiertheit. In eine andere Sprache übersetzt heißt dieses Prinzip nichts anderes, als daß man dem Profitstreben Rechnung trägt; in welchem Umfange, dafür ist ein Beispiel der Beschluß des ZK und Ministerrates der UdSSR „über die Steigerung des Interesses der Kolchosbauern und der Mitarbeiter der Traktoren-Brigaden der MTS an der Vergrößerung der Maisproduktion im Jahre 1955“²⁰⁾. Er „empfiehlt“ — dem Buchstaben nach sind die Kolchosbetriebe selbständig — den Bauern über das ihnen für Arbeitseinheiten angerechnete Entgelt hinaus bis zu 15 Prozent der Maisernte zuzuteilen. Aber Brigadiers, Kolchosvorsitzende und Agronomen erhalten als Zuschlag 130 bis 150 Prozent der durchschnittlich auf die Kolchosbauern entfallenden Maismenge. Das Prinzip der materiellen Interessiertheit legalisiert alle Einkommensunterschiede, die in einer ständigen Polemik mit der „Gleichmacherei“ sich rasch vergrößern.

Aus Revolutionären wurden Reaktionäre

Die Berichte der Weltpresse über das glanzvolle Gartenfest, das bald nach der Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte Bulganin an einem schönen Augustsonntag des Jahres 1955 für das Moskauer Diplomatische Korps auf dem ehemaligen Landsitz des Grafen Orlow, eines Günstlings der Zarin Katharina gab, liest sich wie eine Erzählung aus fernen kaiserlichen Tagen. In einem riesigen Park von Eichen, Birken und Tannen waren fünf lange Tische unter einem großen Zeltdach aufgestellt. Fast hundert Diener boten Kaviar, Krebse, Geflügel und kaltes Fleisch an. Wodka, Kognak, weiße und rote Weine aus der Krim und dem Kaukasus wurden reichlich eingeschenkt. Die höchsten Heirschaften tanzten ausgelassen Volkstänze und stimmten Volkslieder an. Oder sie luden Gattinnen und Töchter der fremden Missionsschefs zu Bootsfahrten auf dem See ein, der zu dem herrlichen Besitztum gehörte. Es wurde gelacht und gescherzt wie zu Orlovs Zeiten. Die Großartigkeit dieses Festes mögen die Ausländer denen zum ersten Male vom Sowjetstaat eine Einladung dieser Art zuteil geworden war, erstaunlicher gefunden haben als die Veranstalter selbst. Ihnen erscheint ein solcher Stil schon garnicht mehr als ungewöhnlich oder anstößig. Ihre Politik ist nach innen und außen auf Stabilisierung, auf Festigung bestehender Machtverhältnisse gerichtet. Aus den Revolutionären wurden Reaktionäre, die argwöhnisch und feindselig auf jede Gärung achten, die ihren Besitzstand gefährden könnte.

Gibt es in der staatstragenden Schicht keine Risse? Hermann Achminow²¹⁾, dem wir scharfsinnige und geistreiche Untersuchungen über die soziologische Situation in der Sowjetunion verdanken, glaubt, daß eine

¹⁶⁾ „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion vor und nach dem Tode Stalins“, Frankfurt 1954, S. 10.

¹⁷⁾ „The New Russian Intelligentsia“.

¹⁸⁾ A. G. Chartschew „Die Familie in der sozialistischen Gesellschaft“.

¹⁹⁾ „Ostdienst“ Nr. 20 vom 11. 3. 1955.

²⁰⁾ Abgedruckt in „Selskoje Chojaistwo“ v. 21. 5. 1955.

²¹⁾ „Die Macht im Hintergrund“, Ulm 1950, und „Die Oberschicht in der Sowjetunion“ in „Osteuropa“, Jhg. 3 (1953), Heft 4 und 5.

sich unaufhörlich erweiternde Kluft zwischen der technischen Intelligenz, die auf die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln drängen wird, und der Parteibürokratie aufgetan hat. Mir scheinen die Gründe für eine völlige Auseinanderentwicklung beider Gruppen nicht überzeugend. Der technischen Intelligenz geht es unter dem gegenwärtigen Regime, ob sie an dessen Doktrin glaubt oder nicht, verhältnismäßig gut. Was sie an persönlichem Besitz erwerben kann, mag ihr genügen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß diese Intelligenz bewußt in Spezialistenenge gezüchtet worden ist. Es wird zwar heute in der Sowjetunion gewissermaßen als Ersatz der humanistischen die polytechnische Bildung verkündet. Aber kann diese polytechnische Bildung ohne ausreichende allgemeine Bildungsgrundlagen überhaupt bestehen? Der Sowjetstaat ist daran interessiert, keine Intelligenz zu haben, die über ihren Fachrahmen hinaus sich durch universales Wissen und Selbständigkeit des Urteils eine innere Unabhängigkeit erwirbt. Geistige Enge ist ein hervorstechendes Kennzeichen der neuen Intelligenz, deren „niedriges Niveau“ in ihren persönlichen Interessen und ihrem Geschmack häufig getadelt wird.

In ihr dominiert die Halbbildung. Diese Schicht hat kein geistiges Gesicht und auch, wenn sie oppositionell gestimmt ist, keine politische Theorie. Auf dem Boden der Politik bleibt der Parteimann, der in der kommunistischen Scholastik über eine Pseudoreligion verfügt, deren suggestive Kraft man auch heute nicht unterschätzen soll, dem Techniker überlegen.

Sowjetpatriotismus

Man muß außerdem berücksichtigen, daß die marxistisch-leninistische Lehre eine für die Mentalität der Intelligenz wichtige Ergänzung durch den Sowjetpatriotismus gefunden hat, der im Krieg geboren wurde und durch Verherrlichung der russischen Geschichte die in der Revolution abgebrochene Brücke zur Vergangenheit wieder schlägt. Angesichts des großrussischen Gepräges der neuen Oberschicht — wer aus anderen Völkern in sie aufsteigt, russifiziert sich zwangsläufig — ist der Sowjetpatriotismus ein alle bindender Kitt. Mit seinem übersteigerten nationalen Wertgefühl gibt er auch der Masse mehr als die trockene Lehre. Er wird zum geistigen Fundament der Idee des starken Staates. Hat Lenin sich mit den Umständen entschuldigt, die den Prozeß des Absterbens des Staates verzögerten, so hat Stalin die Theoretiker, die an dieser marxistischen Vision festhielten, verfolgt. Jede Schwächung des Staatsbewußtseins erschien ihm gefährlich.

Bei den langen Schatten, die dieses Staatssystem wirft, kann jedoch der Zweifel an seiner Unfehlbarkeit nicht verstummen. Er regt sich bei den Jungen lauter als bei den Alten. Das soziale Problem wird von einem Generationsproblem gekreuzt. Die Siebzigerjährigen, die Kampfgefährten Lenins und Stalins waren, nehmen zwar heute noch hohe Stellungen ein, aber ihre Zahl ist klein, und sie stehen am Ende ihrer Laufbahn. Sie mögen zwar manchmal von dem Gedanken beunruhigt werden, wie wenig die Welt, die aus dieser Revolution hervorgegangen ist, der entspricht, die sie sich erträumt haben. Aber ausschlaggebend für sie dürfte doch die Eitelkeit auf das Werk sein, auf die Fabriken und auf den mächtigen Apparat, der unter ihren Augen gewachsen ist. Sie haben sich daran gewöhnt, Träger der Macht zu sein und nach Gesichtspunkten der Macht zu urteilen. Alles andere wurde für sie zweitrangig, auch die Ideologie, die nach den Bedürfnissen des Tages gemodelt worden ist.

Hinter ihnen steht die mittlere Generation, die in der Stalin-Periode zur Reife gelangt ist. Sie ist im Dienste der Partei, des Staates und der Wirtschaftsunternehmungen emporgestiegen, sie ist gewohnt, Karriere zu machen und sich anzupassen. Bei ihr weiß man nicht mehr, wieviel noch echter Glaube an den Kommunismus ist und wie weit sie ihn lediglich als Zweck betrachtet. Es ist eine Generation, die technisch gut geschult ist und auch auf beachtliche sachliche Leistungen hinzuweisen hat, die aber weitgehend von einem Konjunkturdenken beherrscht ist. Im Grunde ist sie verbürgerlicht und das heißt, daß von ihr keine Handlungen zu erwarten sind, die umwälzende Bedeutung hätten. Sie wird das System lassen, wie es ist und sich bemühen, sich lediglich in ihm einzurichten.

Eines ist sicher: bei jeder Veränderung wird die Intelligenz in der Sowjetunion eine zentrale Stellung behalten. Diesen Gesichtspunkt hat

Dallin ²²⁾ stark herausgearbeitet. Es sei heute nicht mehr möglich, so betont er, diese Millionen starke Klasse zum Verschwinden zu bringen. Die Führung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens werde in ihren Händen bleiben. Noch immer betrachte das Volk die arrivierten Sowjetbürokraten irgendwie als seinesgleichen. Es werde Jahrzehnte brauchen, bis der Revolutionsmythos allmählich in Vergessenheit gerate und sich in der neuen Schicht das Verlangen nach politischer Freiheit rege. Vielleicht ist das eine zu pessimistische Betrachtung, aber die darin enthaltene Warnung vor grundlosen Erwartungen einer bürgerlichen Revolution, in der harmlose Spießernaturen in der Sowjetunion das Heft in die Hand bekommen, erscheint durchaus beherzigenswert. Das Sowjetregime steht und fällt mit seinem geistigen und politischen Terror, unter dem auch ein spießbürgerliches Herz zu Frieden schlagen kann, leichter jedenfalls als das eines klassenbewußten Proletariers.

Der Kommunismus ist alt geworden

Wir müssen mit langen Prozessen rechnen. Die größte Gefahr für den Kommunismus scheint darin zu bestehen, daß ihm die Jugend entgleitet. Das Schlagwort „wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft“ ist von niemandem mehr abgenutzt worden, als von den Herrschern der Sowjetunion. Heute mehren sich bei ihnen die Klagen über die Jugend, die disziplinos, träge und nicht genug ehrerbietig gegen Eltern und Lehrer sei. Sogar in „gesunden Jugend-Kollektiven“, behauptet „Komsomolskaja Prawda“ (12. IV. 55) sei Verachtung gegenüber der Arbeit und dem sozialistischen Eigentum anzutreffen, die das Ansehen des Sowjetbürgers herabsetze. Weniger der Inhalt als die Art der Kritik zeigt deutlich, daß der Kommunismus alt geworden ist. Er versteht nicht die Enttäuschung der jungen Generation über das Regime. Sie besitzt in der russischen klassischen Literatur, die nicht voll siegender sondern voll scheiternder Menschen ist und fruchtbar wird durch die Erschütterung, die sie auslöst, einen Vergleichsmaßstab mit der Gegenwart, in der die Literatur zur Magd der Planwirtschaft herabgesunken ist. Diese Jugend hat in der Stalin-Ära erlebt, daß heute in den Staub gezogen wurde, was gestern noch angebetet worden war. Sie ist an ihren Vätern irre geworden, die sich vor dem Diktator erniedrigten. Überall begegnen ihr die Pjotr Kirpitschew-Typen. Sie weiß nicht mehr, woran sie sich halten soll. Wie in der Zarenzeit muß sie zur Schule Uniformen tragen und von früh auf das marxistisch-leninistische Glaubensbekenntnis als bestimmend für ihre geistige Formung in sich aufnehmen. Sie empfindet deutlich die innere Unwahrhaftigkeit des Systems und die Unfreiheit des Geistes, in der sie gehalten wird. Den Werdegang dieser Jugend erleben wir sehr lebendig mit in Achminows „Die Macht im Hintergrund“ und in dem Roman des ehemaligen „Iswestija“-Redakteurs Michael Soloviev „Gott aber schwieg“ ²³⁾. Wie sehr diese Jugend von Zweifeln zerrissen und auf der Suche nach neuen Werten ist, davon haben uns Gespräche im Lager Workuta, die Brigitte Gerland ²⁴⁾ uns geschildert hat, eine Vorstellung gegeben. Dort werden mit russischer Diskussionsleidenschaft letzte Lebensfragen und utopische Gedanken in einer Form erörtert, die an die Diskussionen der russischen Revolutionäre von 1917 erinnert.

Ein Kreislauf hat sich geschlossen. Die Revolution hat eine neue Wirklichkeit geschaffen, aber ist sie besser als die frühere? Der „neue Mensch“, den die Revolution verhieß, ist nicht geboren worden. Alle Glorifizierung der positiven Helden auf der Bühne und in der Literatur können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der Sowjetunion wie überall gute und schlechte Menschen gibt, arm und reich, hoch und niedrig. Es gibt Ausbeutung in brutalsten Formen, so sehr auch der Kommunismus diese Tatsache leugnet. Die sozialen Unterschiede übertreffen in ihrer Größe und Härte die der bedeutenden kapitalistischen Länder. Die Dialektik richtet sich heute gegen das System, das die Gesetze des Umschlagens der Entwicklung lehrt. Noch immer war es in der Geschichte so, daß die Erstarrung einer Oberschicht zu sozialen Konflikten führte, aus denen eines Tages politische hervorgingen.

²²⁾ „The New Russian Intelligentsia“.

²³⁾ Comel-Verlag, Köln 1953.

²⁴⁾ „Die Hölle ist ganz anders“. Stuttgart, Steingrüben-Verlag.

Die zitierten ausländischen Zeitschriften- und Zeitungsartikel sind teilweise in der Zeitschrift „Ost-Probleme“ in vollständiger oder gekürzter Fassung enthalten.

ROBERT BERTRAM

Aktuelle Probleme der politischen Emigration

Als unlängst Wien zum ersten Male seit 17 Jahren einem heimkehrenden Kanzler zujubelte, begann für einen kleinen Teil der Bevölkerung Österreichs eine Zeit der Furcht. Im diplomatischen Gepäck des Bundeskanzlers befand sich der Entwurf zum Staatsvertrag, den Molotow bereits im Februar 1954 auf der Berliner Konferenz den Westmächten vorgelegt hatte. Artikel 16 dieses Entwurfes befaßt sich mit den „Displaced Persons“ — eine Bezeichnung, die längst veraltet und im Westen durch die Begriffe „heimatloser Ausländer“ oder „ausländischer Flüchtling“ ersetzt, von der Sowjetregierung aus der Mottenkiste der Nachkriegszeit hervorgezogen wurde.

Die Veröffentlichung von Artikel 16 hatte zur Folge, daß unter den ca. 30 000 nicht-deutschen Flüchtlingen in Österreich — Ungarn, Bulgaren, Rumänen, Tschechen, Slowaken und Jugoslawen — eine regelrechte Panik ausbrach. Der Grund: Österreich sollte sich verpflichten, alle notwendigen Schritte zur Repatriierung von Heimatlosen zu unternehmen, sowie den alliierten Mächten jede Hilfe bei der freiwilligen Rückführung ihrer Staatsangehörigen zu gewähren. Im Einzelnen besagt der Artikel 16: Bevollmächtigte Vertreter der alliierten Mächte (sprich Sowjetunion) haben das Recht, Lager und Siedlungen zu betreten, in denen sich Flüchtlinge aufhalten; die österreichische Regierung verpflichtet sich, jede Art von Propaganda, die gegen die Interessen der Alliierten gerichtet ist, in den Lagern und Siedlungen zu verbieten, sowie alle Maßnahmen zu untersagen, die dazu geeignet sind, Flüchtlinge von der Rückkehr in die Heimat abzuhalten. Ferner: sämtliche Komitees und Organisationen, die im Widerspruch zu den Interessen der Alliierten (sprich Sowjetunion) stehen, werden aufgelöst und verboten; DP's dürfen nicht zu militärischen oder paramilitärischen Organisationen eingezogen werden. Und schließlich die unmenschlichste Bestimmung: Österreich verpflichtet sich, keinerlei Wohlfahrtsunterstützung oder Hilfe solchen Personen zu gewähren, die sich weigern, in ihre Heimatländer zurückzukehren.

10 Jahre nach Beendigung des Heißen und 7 Jahre nach Beginn des Kalten Krieges war das nun allerdings ein beängstigender Vorgang. Zwar ist die sowjetische Forderung mittlerweile an der Ablehnung der Westmächte gescheitert, doch die Gefahr war akut, und die im Westen rechtlich verankerte Institution des politischen Asyls schien einen Augenblick lang gefährdet.

Situation der osteuropäischen Emigranten

Um das Entsetzen zu verstehen, das die Flüchtlinge ergriff, ist es notwendig, die Situation der osteuropäischen Emigranten im Westen, insbesondere in der Bundesrepublik, als ein Teilproblem der West-Ost-Beziehungen und der Propaganda im Kalten Krieg zu untersuchen.

Seit jeher ist es das Schicksal der Emigranten, hinter den Kulissen der politischen Auseinandersetzungen der Zeit ihres Amtes zu walten. Sie können Anregungen und Vorschläge einreichen, aber niemals Entscheidungen treffen. Sie sind Gehilfen, allenfalls Berater. Als Spezialisten gefragt, stehen sie doch außerhalb jeder Verantwortung. Das Recht zum Handeln haben allein jene, denen sie dienen. Die Heimatlosen des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegswirren in Osteuropa sind vor diesem Schicksal genau so wenig bewahrt geblieben, wie die nach England, Preußen und Österreich geflüchteten Vertreter des französischen Adels während der Revolution oder die russischen Emigranten von 1918. In zunehmendem Maße wurden sie Objekte einer Propaganda, die hüben und drüben vorgibt, ihre wahren Interessen zu vertreten. Im Westen wäre eine nennenswerte Aktivität der Emigranten ohne amerikanische Initiative und Finanzierung nicht denkbar. Radio Free Europe, die Stimme Amerikas und Radio Liberation sind Beispiele dafür, in welchem Maße die Vereinigten Staaten sich engagiert haben. Es kann dabei keinem Zweifel unterliegen, daß nicht nur einflußreiche Politiker und Finanzgruppen, sondern auch die öffentliche Meinung in den USA hinter diesen Bestrebungen stehen.

Während die Amerikaner sich ehrlich bemühen, die Emigranten als Verbündete zu betrachten, ist das Verhältnis auf der Gegenseite umgekehrt. Ein in den kommunistischen Machtbereich zurückkehrender Emigrant ist nichts anderes als ein Instrument der Propaganda, das man heute benutzt, um es morgen zu vernichten. Er hat nur die eine Funktion: eine bestimmte, gerade aktuelle These durch seine Aussagen zu bekräftigen. Dann verschwindet er in den Zwangsarbeitslagern oder den nicht minder komfortablen Werkstätten des vaterländischen Wiederaufbaus.

Augenblicklich lautet das Generalthema der kommunistischen Propaganda, zu dem es die verschiedensten Variationen gibt: Rückkehr in die Heimat, Bruch mit dem Westen, der mit seinem kapitalistischen Hochmut und unsozialem Verhalten für die osteuropäischen Flüchtlinge stets Fremde bleiben müsse.

Russische Kampagne für die Rückkehr

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Appell zur Rückkehr 1955 nicht einer neuen, vom Kreml plötzlich entdeckten Humanität entspringt. Während der Forderung auf Repatriierung 1945 zwei Gesichtspunkte zu Grunde lagen: Bestrafung der Kollaborateure von Wlassow bis Szalassy und Sicherung von Arbeitskräften für den Aufbau, ist heute eine ganz andere Erwägung bestimmend. Der Aufruf an die Flüchtlinge zur Rückkehr, von Schalmeienklängen begleitet, entspringt der Absicht, dem Westen (sprich USA) eine entscheidende Niederlage im Kalten Kriege zu bereiten. Ob 100, 1000 oder 10 000 Flüchtlinge aus Westeuropa nach den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang re-emigrieren, ist den Machthabern im Grunde völlig gleichgültig; nicht auf die Rückgewinnung der Menschen kommt es ihnen an, sondern auf den Propagandaerfolg, der durch eine Aufweichung der gegnerischen Kampffront zweifellos erzielt wird. Zahlen sind für sie nur von statistischem Interesse, d. h. als Beweis für die Erlahmung der westlichen Anziehungskraft. Wenn 50 Tschechen im Laufe von drei Monaten zurückkehren, so ist das für die Kommunisten ein Sieg und für den Westen eine empfindliche Schlappe. Die Ironie, welche sich aus dem spezifischen Klima des Kalten Krieges ergibt, liegt dabei in der Tatsache, daß während der gleichen Zeit möglicherweise 150 Tschechen den entgegengesetzten Weg gehen. Aber diese 150 fallen deshalb nicht ins Gewicht, weil durch die Vereinfachung der Begriffe — Osten: böse, Westen: gut — die Vorstellung von der Flucht aus dem Sowjetbereich als ein natürlicher Vorgang tief in das Bewußtsein der Menschen eingedrungen ist. In dem Moment, wo den Sowjets der Nachweis glückt, daß diese Vorstellung nicht mehr zutrifft, daß Flüchtlinge aus dem goldenen Westen freiwillig hinter den Eisernen Vorhang zurückkehren, ist ein psychologischer Einbruch gelungen, dessen mögliche Auswirkungen heute noch gar nicht überschaut werden können.

Es muß weiterhin bedacht werden, daß die kommunistische Kampagne für die Rückkehr, und um eine solche handelt es sich, wie wir bald sehen werden, mit günstigen Voraussetzungen rechnen kann. Die Hoffnung der Emigranten auf eine baldige Befreiung ihrer Länder vom Kommunismus ist einer tiefen Resignation gewichen. 10 Jahre Exil und die im Zeichen der Koexistenz immer mehr schwindende Aussicht auf eine baldige Änderung der Zustände machen sich allenthalben bemerkbar. Und da kaum jemand mehr den Mut hat, die Frage: ist die westliche Welt ernstlich an einer Verdrängung des Kommunismus aus Osteuropa interessiert?, mit einem klaren „Ja“ zu beantworten, wird die Lage der Flüchtlinge immer beklemmender.

Dazu kommt die soziale Not der Emigranten, die durch die allgemeine Flüchtlingsmüdigkeit der Aufnahmeländer, besonders Österreich, Frankreich und die Bundesrepublik, nur noch verschärft wird. Zwar hat Westdeutschland durch den Bau von Siedlungen, die rechtliche Gleichstellung von heimatlosen Ausländern mit deutschen Staatsbürgern, sowie die Gewährung von Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für die

Emigranten mehr getan als irgend ein anderer europäischer Staat, doch ist die tägliche Berührung mit der deutschen Prosperität, an welcher diese Menschen nicht teilhaben, eine schwere psychologische Belastung. Nur wenigen gelingt es, eine Arbeit zu finden, die sie befriedigt. Noch überwiegt die Zahl der Arbeitslosen bei weitem die der Beschäftigten. Wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten gibt es so gut wie keine. Der Dienst in den amerikanischen Arbeitskompanien ist ein Provisorium, wenn auch ein willkommenes. Und selbst die Auswanderung nach den USA, Kanada und Australien, die noch heute von 75% der Flüchtlinge als die beste Lösung angestrebt wird, ist ins Stocken geraten.

Ein Beispiel besonderer Art ist das am Nürnberger Parteitagsgelände befindliche Lager Valka, einer der trostlosesten und gottverlassensten Flecken im schönen Bayern. Dort in dem sog. Bundesauffanglager für nicht-deutsche Flüchtlinge müssen sich die Neuankommenden einem peinlichen Verfahren unterziehen, das im Zwielflicht des Agentenschungels zwischen West und Ost zweifellos notwendig ist, dessen ungeachtet aber einen verheerenden Eindruck auf Menschen hinterläßt, die aus den Zwangsarbeitslagern der CSR, Ungarns und Polens geflüchtet sind. Wie diese verbitterten Flüchtlinge denken, illustriert am besten eine tschechische Aufschrift auf einer der Baracken in Valka: „Wir wählten die Freiheit – werft nur einen Blick hinein!“ Es ist daher verständlich, daß dieses Lager, ein Zentrum der Unzufriedenheit und Existenzangst, von der kommunistischen Propaganda als Basis für die verschiedensten Aktionen benutzt wird.

Propagandaaktion in Bulgarien

Es wurde bereits gesagt, daß die Kampagne zur Rückkehr bezweckt, eine Runde im Kalten Krieg zu gewinnen. Wie nun sieht diese Propagandaaktion in der Praxis aus, welche Mittel werden benutzt und wo liegen die Schwerpunkte?

Bulgarien, das bereits 1945 von Moskau zum Testgebiet der Sowjetisierung eines nicht-kommunistischen Staates bestimmt worden war, begann als erstes Land mit einer regelrechten Kampagne für die Re-Emigration. Die rechtliche Grundlage war gegeben, als die Regierung am 10. November 53 Artikel 72 des Strafgesetzes modifizierte. Die ursprüngliche Fassung, wonach jeder illegale Grenzgänger als Landesverräter galt und mit der Todesstrafe rechnen mußte, wurde aufgehoben. Auch die Bestimmungen hinsichtlich der Angehörigen, welche einer Sippenhaft gleichkamen, traten außer Kraft. Anstelle dessen wurde freiwilligen Rückkehrern Straffreiheit bzw. eine geringfügige Gefängnis- oder Geldstrafe zugesichert.

Im Sommer 1954 begann dann die vom Außenministerium in Sofia gesteuerte Aktion. Radio Sofia nahm Sendungen für Flüchtlinge in sein Programm auf; Bulgaren in Frankreich, Triest, der Schweiz und in Deutschland erhielten Briefe der bulgarischen Konsulate; Besuche von Diplomatischen Vertretern bei führenden Köpfen der Emigration folgten; Antikommunisten erhielten Einladungen zu Cocktailparties und diplomatischen Empfängen in Paris, Istanbul und Basel. Am Vorabend des zehnten Jahrestages der Besetzung Bulgariens durch die rote Armee, im September 54, holte das Regime dann zum ersten wirkungsvollen Schiag aus. Die im August aus Graz verschwundenen Anhänger des bulgarischen Bauernführers Dr. Dimitroff-(Gemeto), Chef des Bulgarischen National-Komitees in New York, Milorad Mladenoff und Petar Trifonoff, traten in Sofia mit Erklärungen vor die Öffentlichkeit. Mit einer geschickten Analyse der Bestrebungen des bulgarischen Exils unter der intriganten Leitung Gemetos verbanden sie einen Appell an ihre Landsleute und Parteifreunde zur Rückkehr nach Bulgarien. Sie beschrieben die Verhältnisse in der Heimat, den wirtschaftlichen Aufschwung, den Geist der Versöhnung, der ihnen allenthalben begegne und stellten dem gegenüber die wirtschaftliche Not der Flüchtlinge, ihre Abhängigkeit von den amerikanischen Geldgebern, sowie das Schwenden jeder Hoffnung für eine bessere Zukunft im Exil. Unmittelbar nach dieser Pressekonferenz starteten Mladenoff und Trifonoff zu einer geräuschvollen Reklamevertragsreise durch Bulgarien. Schon sehr bald stellte sich der doppelte Erfolg dieser beiden prominenten Rückkehrer ein: 1) die Re-Emigration einer Reihe bulgarischer Flüchtlinge, vornehmlich aus Frankreich; 2) eine Kursänderung der oppositionellen Bauernpartei innerhalb Bulgariens. Insgesamt 12 führende Bauernparteierteiler, darunter die beiden bekannten Poli-

tiker Assen Pavloff und Tsvetan Maximoff, distanzieren sich öffentlich von ihrer bisherigen Haltung und erklärten ihre Bereitschaft zu loyaler Zusammenarbeit mit dem Regime. Gleichzeitig forderten sie die bulgarischen Vertreter bei der Grünen Internationale im Exil auf, Gemeto die Gefolgschaft zu kündigen und in die Heimat zurückzukehren. Dieser interne Aspekt der Rückkehrkampagne, welcher in der Diskreditierung des politischen Exils in der Heimat und der Anlockung der inländischen Opposition seinen Ausdruck findet, unterscheidet Bulgarien von Polen und der Tschechoslowakei, Länder, in denen ähnlich gerichtete Bestrebungen erkennbar sind.

Am 23. November 1954 ging Sofia in seiner Versöhnungspolitik sogar soweit, drei angeblichen Deserteuren, die reumütig aus dem Westen zurückgekehrt waren, volle Amnestie und Wiederaufnahme in die Armee zu gewähren. Die drei Deserteure waren, wie sich später herausstellte, Agenten, die, als freiwillige Heimkehrer getarnt, Aussagen gegen den Westen machen mußten. Die Methode der Zurückziehung von Agenten und ihre anschließende Verwendung zu Propagandazwecken ist im übrigen auch für die anderen kommunistischen Staaten bezeichnend.

Seither reißt der Strom von Briefen aus Bulgarien an Angehörige im Ausland, von offiziellen Schreiben der Konsulate und Propagandabroschüren, welche das Leben in der Heimat in den rosigen Farben schildern, nicht mehr ab. In Paris soll demnächst ein slawisches Institut gegründet werden, zu dessen Mitarbeitern auch prominente Wissenschaftler des Exils gehören werden. Im sowjetischen Sektor in Wien wurde im Februar 1955 ein Klub eröffnet, der, mit allen Annehmlichkeiten ausgestattet, den konsularischen Vertretern Gelegenheit bietet, mit bulgarischen Emigranten in Kontakt zu kommen. Ganz besonders aber ist Sofia bestrebt, prominente Emigranten für die Rückkehr zu gewinnen. Prof. Michailov, Porträtmaler von Weltruf, der aus Brasilien kommend seit einigen Monaten in Hamburg wohnt, hat es bisher abgelehnt, auf die schmeichelhaften Vorschläge der bulgarischen Kulturbehörden auch nur zu antworten. Aber mit Beharrlichkeit wirbt man um den Meister, dessen 80. Geburtstag Ende 1955 Anlaß zu einer großen Michailov-Ausstellung in Sofia sein wird.

Diese und viele andere Beispiele zeigen, daß das Regime in Sofia keine Anstrengung und Ausgabe scheut, um das in jedem Flüchtling tief verwurzelte Mißtrauen und die Ablehnung gegenüber dem kommunistischen Staat langsam aber konsequent zu überwinden und durch eine „Politik der sanften Hand“ sich selbst moralisch ins Recht und die „Brunnenvergifter des Exils“ ins Unrecht zu setzen.

Erfolge der polnisch-kommunistischen Aktivität

Während die bulgarische Emigration in Westeuropa, gering an Zahl (5000–6000), politisch uneinig, für die kommunistischen Strategen des Kalten Krieges nur eine untergeordnete Rolle spielt, kommt den Polen eine ganz andere Bedeutung zu. Im Verhältnis Warschauer zu den Auslandspolen, vornehmlich in Frankreich und der Bundesrepublik, zeichnet sich mit aller Deutlichkeit ein auf lange Sicht berechnetes politisches Programm ab. Hier handelt es sich weniger um eine Kampagne zur Rückkehr in die Heimat, als vielmehr um die Infiltration der in geschlossenen Siedlungsgebieten wohnenden Polen (Nord- und Ostfrankreich, Ruhrgebiet) mit kommunistischer Propaganda und um die Benützung dieser willig gewordenen Gruppen für die Ziele Moskaus in den westeuropäischen Gastländern.

In Frankreich leben ca. 750 000 Polen, meist Abkommen von Siedlern aus den Vorkriegsjahren. Die Zahl der Kriegs- und Nachkriegsemigranten ist demgegenüber verhältnismäßig gering. Insgesamt befinden sich in Westeuropa, einschließlich Großbritanniens, wo sich vor allem die Soldaten der Armee Anders niedergelassen haben, über eine Million Polen.

Von den in Frankreich beheimateten Polen besitzen etwa 300 000 die französische Staatsbürgerschaft, die restlichen 450 000 sind de jure Bürger ihres Heimatlandes. Ihnen allen gemeinsam aber ist ein ungewöhnlich zähes Beharrungsvermögen, das sich im Festhalten an Sprache, kulturellen Traditionen sowie nationaler Denkweise äußert. Auf diese Erfahrung stützen sich dann auch die von Warschau aus gelenkten

und finanzierten Aktionen, von denen der Westen bisher so gut wie keine Notiz genommen hat.

Das Fernziel dieser Politik ist es, die langsame Integration der Polen in Frankreich und im Ruhrgebiet in das französische bzw. westdeutsche Gemeinwesen in kommunistische Kanäle zu lenken. Die praktischen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles bestehen darin, die Unterstützung der Auslandspolen, besonders in Frankreich, für die kommunistische Partei des Gastlandes zu gewinnen. Mit anderen Worten: ein Pole, der die Staatsbürgerschaft nicht annimmt, soll polnischer Kommunist werden.

Mit Hilfe eines kostspieligen Propagandaapparates, nach vorsichtiger Schätzung werden ca. 3 Millionen Franc täglich verbraucht, werden den Polen in Frankreich aber auch im Ruhrgebiet folgende Thesen nahegebracht: nur das kommunistische Regime bietet einen wirklichen Schutz für Polens legitime Interessen, besonders was den deutschen Revisionismus an den Westgrenzen betrifft; ein französisch-polnisches Bündnis ist die beste Garantie für eine friedliche Ko-Existenz zwischen West und Ost; dank der kommunistischen Politik ist in Polen die Herrschaft der Feudalherren gebrochen worden, so daß jeder Arbeitswillige eine Existenz in Freiheit in der Heimat sich schaffen kann.

Zur Vorbereitung dieser Ideen stehen den Kommunisten, wie bereits erwähnt, fast unbeschränkte Geldmittel zur Verfügung, so daß tatsächlich jedes polnische Heim erfaßt wird. Zeitungen und Zeitschriften werden kostenlos versandt; Filmvorführungen, Vorträge, Ausstellungen und gesellige Veranstaltungen finden statt; polnische Schulen erhalten großzügige Unterstützungen von den über ganz Frankreich verstreuten Konsulaten (Botschaft in Paris, Konsulate in Paris, Lille, Lion, Straßburg, Toulouse, Marseille und Le Havre); Tausenden von Kindern wird jährlich eine kostenlose Sommererholung in Polen ermöglicht, in den polnisch besiedelten Gebieten Frankreichs wimmelt es von bezahlten Agenten des Regimes.

Mit der gleichen Geschicklichkeit, mit der die Kommunisten das polnische Nationalgefühl und die darin enthaltenen Ressentiments anzusprechen wissen, versuchen sie die pro-polnische Einstellung der französischen Bevölkerung zu monopolisieren. Indem sie zwei große Tarnorganisationen für diesen Zweck benutzen — die „Gesellschaft für französisch-polnische Freundschaft“ und die „Vereinigung der Bürger polnischer Abstammung zur Respektierung der Oder-Neiße-Grenze“ — verwischen sie für französische Augen jede Unterscheidung zwischen „polnisch“ und „kommunistisch“. Präsident der Gesellschaft ist M. Frédéric Joliot-Curie, Vorsitzender der Vereinigung M. Henri de Korab, einst ein bekannter polnischer Journalist.

Und so ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß die polnisch-kommunistische Aktivität, die dem doppelten Ziel der Propaganda sowohl in Frankreich wie auch in Polen dient, nicht nur Erfolge innerhalb der führenden Kreise der 4. Republik erzielt, sondern auch große Gruppen von polnischen Auswanderern und Flüchtlingen für sich gewonnen hat.

Demgegenüber kann von einer zielbewußten Abwehr gegen diese sich verbreitenden Einflüsse nicht gesprochen werden. Natürlich gibt es eine ganze Reihe von anti-kommunistischen Exilorganisationen (Komitees, Schulen und Kirchen), doch mangelt es ihnen vor allem an Mitteln, um dem konzentrierten Angriff zu begegnen. Zudem sind sie von der Krankheit, die jedes politische Exil kennzeichnet — Uneinigkeit und Parteienhader — nicht verschont. Aber selbst wenn sich unter den Polen in Frankreich entschlossene Leute finden sollten, die bereit sind, die kommunistische Herausforderung anzunehmen, so könnten sie mit ihren Gegenmaßnahmen nur dann Erfolg haben, wenn sich eine Organisation von der Bedeutung der Westeuropäischen Union oder der NATO hinter sie stellen würde.

Innerhalb der Bundesrepublik, wo neben den etwa 60 000 Ruhrpolen deutscher Staatsangehörigkeit ca. 54 000 polnische Kriegs- und Nachkriegsemigranten ein kümmerliches Dasein fristen, ist seit Ende 1954 gleichfalls eine intensive Propagandatätigkeit zu vermerken. Träger dieser Propaganda ist die Organisation „Zwiazek Polakow Zgoda w Niemczech“, kurz „Zgoda“ (Eintracht) genannt. Finanziert von Warschau und der Polnischen Militärmission in Berlin unterstellt, hat „Zgoda“ in Bochum die zweite Etage eines Mietshauses, Klosterstraße 6,

okkupiert, das rechtmäßig der antikommunistischen Organisation der polnischen Vorkriegsemigranten „Zwiazek Polakow w Niemczech“ (Verband der Polen in Deutschland) gehört. Ähnlich wie die kommunistischen Organisationen in Frankreich veranstaltet „Zgoda“ mit seinen auf mindestens 300 000 DM geschätzten Jahresetat Vorträge, Filmvorführungen und Diskussionsabende. Zwei in der Bundesrepublik gedruckte Zeitungen „Glos Polski“, herausgegeben für die Vorkriegsemigranten in Bochum, und „Echo Polski“, mit dem Erscheinungsort Wanne-Eickel, werden kostenlos an polnische Flüchtlinge verteilt. Besonders bemüht sich die kommunistische Organisation um die polnischen Kinder — eine Investition, die einmal reiche Zinsen für Volkspolen tragen soll. Sprachkurse, Sonntagsschulen und Freizeitgestaltung werden als Mittel benutzt, um die Kinder im „richtigen Geist“ zu erziehen und die Eltern davon zu überzeugen, daß Warschau seine Genossen in der Fremde nicht vergessen hat. Allein im Ruhrgebiet sind nicht weniger als 24 Lehrkräfte im Rahmen dieses Erziehungsprogrammes tätig.

Noch ist es nicht klar ersichtlich, ob das Warschauer Regime das Gros der ehemaligen DP's in der Bundesrepublik, deren menschliche und wirtschaftliche Eingliederung in Deutschland ein äußerst schwieriges Problem ist, und denen aus diesem Grunde — anders als in Frankreich — nicht die Funktion der kommunistischen Hefe im deutschen Sauerteig übertragen werden kann, zurückzuziehen beabsichtigt. Anzeichen für eine solche Kampagne zur Re-Emigration liegen vor, doch ist ein abschließendes Urteil noch nicht möglich.

Programm der Tschechoslowakei

Das dritte Satellitenland mit einem Programm für seine abhandengekommenen Bürger im Ausland ist die Tschechoslowakei. Fraglos ist die CSR als Folge einer Reihe von Umständen — geographische Lage, westlicher Lebensstil, Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit seitens der USA — der antikommunistischen Aktivität des Westens am stärksten ausgesetzt. Daher kommt es wohl, daß die Regierung in Prag sich weitaus empfindlicher in ihren Gefühlen und heftiger in ihren Reaktionen gibt, als Bulgarien, Ungarn oder selbst Polen. Haß und Mißtrauen sind der Nährboden, Verdächtigungen und Erpressungen die Mittel, die diesen Sektor des Kalten Krieges charakterisieren. Natürlich wirkt sich das auch auf die Flüchtlinge aus, die als Helfer begehrt, als Menschen aber vernachlässigt in einer Atmosphäre zunehmender Demoralisierung in Lagerbaracken hausen. Dazu kommt das besonders heikle Problem, das sich für jeden Tschechen aus der Anwesenheit von 2,5 Millionen heimatvertriebener Sudetendeutscher in der Bundesrepublik ergibt. Das Ergebnis ist eine spürbare Anfälligkeit der Tschechen und Slowaken gegenüber den kommunistischen Propagandapartien.

Anders als im Falle Warschaus, das, mit Hundertausenden von Auslandspolen rechnend, eine Politik auf weite Sicht betreibt, sieht Prag sich einer Exilbevölkerung von ca. 10 000 Tschechen und Slowaken in Westeuropa gegenüber. Von einer Verwendung dieser Gruppe für kommunistische Propagandazwecke im Westen kann daher nicht die Rede sein. Ausgenommen natürlich die Tätigkeit der zahlreichen von Prag entsandten Agenten, die, je nach Bedarf zurückbeordert, als „freiwillige“ Kronzeugen gegen den Westen aufzutreten pflegen. Die logische Folgerung lautet also, daß das Regime an einer Liquidierung des Exils, das trotz seiner geringen Zahl eine potentielle Gefahr und eine Hilfsquelle der antikommunistischen Propaganda der Amerikaner darstellt, lebhaft interessiert sein muß. Und in der Tat ist seit wenigen Monaten eine immer intensiver werdende Kampagne zur Rückkehr in die CSR zu beobachten, die an Aggressivität die Bestrebungen Sofias weit übertrifft. Während der bulgarischen Aktion eine, wie wir feststellen, innerpolitische Bedeutung zukommt, ist im Falle der CSR hiervon nichts zu merken. Das kommunistische Regime in Prag hat nur das eine Ziel: die politische Emigration zu zerschlagen, die führenden Männer im Exil zu diskreditieren und damit die Propaganda der amerikanischen Rundfunkstationen zunichte zu machen. Einen ersten „Erfolg“ in dieser Richtung konnte Prag für sich buchen, als Bohumil Lausman, Industrie-Minister von 1945–1948, am 25. Mai 1954 vor der CSR-Presse detaillierte Angaben über die Tätigkeit der tschechoslowakischen Exilpolitiker, des sogenannten Rates der Freien Tschechoslowakei in New York und des Senders RFE machte. Lausman, der Anfang Dezember 1953

aus seiner Wohnung in Salzburg spurlos verschwunden war, gab an, freiwillig in die CSR zurückgekehrt zu sein und legte nach bekanntem Vorbild ein Schuldbekenntnis seiner konspirativen Verbrechen gegen die tschechoslowakische Volksdemokratie ab. Seine Geständnisse umfaßten das ganze Register der seitdem von Prag benutzten Propagandathesen: das Wiedererwachen des deutschen Revanchismus, der von den amerikanischen Kapitalisten geschürt würde; die landesverräterische Tätigkeit der Exilpolitiker, die von den USA bestochen und finanziert, die Vernichtung der Volksdemokratie vorbereiteten; das jeder Beschreibung spottende Elend, in welchem die Flüchtlinge in Österreich und Westdeutschland zu leben gezwungen seien; die sich langsam durchsetzende Einsicht, daß die Rückkehr in die Heimat der einzig mögliche Weg für die tschechischen und slowakischen Emigranten sei.

Am 31. Juli 1954 folgte eine über den Sender Prag verbreitete Erklärung von Frantisek Zvolsky, einem tschechischen Doppelagenten, der angeblich im Dienst der amerikanischen Spionageabwehr gestanden hatte. Seine Angaben, in vielen Details zutreffend, entsprachen in ihrer Tendenz und Schärfe den Geständnissen des Minister Lausman. Sie wurden von der Propaganda der Satellitenländer aufgegriffen und füllten tagelang die Spalten nicht nur der tschechoslowakischen Presse. Wenig später, am 29. 9. 1954, trat ein 20jähriger Flüchtling, Bruno Folta, der zwei Jahre lang freier Mitarbeiter und Ansager beim Sender Free Europe in München gewesen war, vors Mikrofon in Prag und schilderte ausführlich und präzise interne Vorgänge, Persönlichkeiten und Propagandamethoden der amerikanischen Rundfunkstation.

Nachdem durch solche und ähnliche Geständnisse der Boden propagandistisch vorbereitet worden war, setzte dann um die Jahreswende 1954/55 die Kampagne zur Rückkehr in die CSR ein. Der Moment war insofern günstig gewählt, als die Aussichtslosigkeit auf eine baldige Befreiung, die Verbitterung über die Lage der Flüchtlinge und die allgemeine Emigrationsmüdigkeit zu einem moralischen Verfall geführt hatten, der den kommunistischen Parolen geradezu entgegenkam.

Nach dem Prinzip, den Punkt des schwächsten Widerstandes anzugreifen, wurde die Aktion im Lager Valka mit seinen 600 tschechischen und slowakischen Insassen gestartet. Eine Flut von privaten Briefen Angehöriger aus der CSR, Anweisungen der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin über die Prozedur der Repatriierung und anonymen Kettenbriefen brach über die Flüchtlinge im Lager herein. Die Briefe kamen aus London, Paris, New York, Chicago, Salzburg, Berlin, München und anderen Städten Europas und überseeischer Länder. Gerüchte, welche in der Atmosphäre der Unsicherheit wie Unkraut hervorzuschießen pflegen, wurden planmäßig verbreitet. Es war die Rede von einer Anfang Mai zu erwartenden Amnestie, die mittlerweile tatsächlich am 9. d. M. von Prag verkündet worden ist, von rigorosen deutschen Maßnahmen (Ausweisung, Kasernierung, Zwangsarbeitsverpflichtung) gegen die Flüchtlinge nach Herstellung der Souveränität sowie von dem Verrat der Amerikaner, die die Emigranten nunmehr ihrem Schicksal überlassen würden.

Die HEPND-Organisation

Trugen diese Kommunikationen noch den Charakter des Zufälligen, so konnte kein Zweifel mehr an dem Vorhandensein einer regelrechten Kampagne bestehen, als im Februar d. J. Hunderte von Tschechen und Slowaken die erste Nummer einer Flugschrift erhielten, die von einer „Exilbewegung zur Rückkehr in die Heimat“ (HEPND) herausgegeben und verschickt wurde. In dem einleitenden Artikel heißt es: „Es ist sinnlos, darauf zu warten, daß das Regime durch innere Kräfte gebrochen wird — davon überzeugten uns sieben Jahre im Exil. Die Hoffnung auf einen Krieg wird immer illusorischer angesichts des sich ausbreitenden Gedankens der Ko-Existenz. Aber selbst wenn die Zukunft einen Krieg brächte, so werden in erster Linie wir es sein, die in den Reihen der nazistischen Wehrmacht fallen werden. Sind wir deshalb ins Exil gegangen? Für uns gibt es nur einen Weg — die Rückkehr nach Hause.“ Und weiter: „Haltet euch an die Anweisungen, die HEPND herausgibt, unterstützt unsere Aktionen. Nehmt Verbindungen mit euren Bekannten und Freunden auf, verbreitet die Grundsätze der Bewegung. Achtet auf eure Sicherheit. Hütet euch vor feindlichen Agenten. Tretet nicht aus den Exilorganisationen aus, wartet weitere Anweisun-

gen ab. Habt immer das Ziel der HEPND vor Augen — die Rückkehr in die Heimat.“ Der Nummer 1 dieses Bulletins folgten weitere acht. Eine genaue Analyse des Textes hat folgendes ergeben: 1. die Flugschrift wurde in Prag zusammengestellt und von dort aus an bestimmte Verteilungszentralen verschickt. Diese Stützpunkte im Ausland sorgten für den weiteren Postversand. 2. Die ausgezeichneten Informationen über die Zustände im Rat der Freien Tschechoslowakei und anderer Emigrantenorganisationen, einschließlich der Sudetendeutschen, beweisen, daß HEPND über eine Reihe von Mitarbeitern im Exil verfügt. 3. Die Herausgeber standen in Verbindung mit dem Sicherheits- und Innenministerium in Prag. Dafür zeugt u. a. eine Mitteilung in der Nr. 3 des Bulletins, wonach Mitglieder einer Reihe von Organisationen (RFE, Stimme Amerikas, Rat der Freien Tschechoslowakei, Slowakischer Nationalrat etc.) von der Repatriierung ausgeschlossen sind.

Sofort nach Verkündigung der Amnestie begannen im Valkalager unter der Regie von Vojtech Balcar und Karel Snajdr (Schneider), die sich nunmehr offen als Beauftragte der HEPND-Organisation ausgaben, die Vorbereitungen zur Rückkehr von Flüchtlingen in die CSR. Noch im Laufe des Mai verließen etwa 12 Tschechen und Slowaken die Bundesrepublik, nachdem sie sich offiziell bei der „Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ abgemeldet hatten.

Herrschte in den ersten Wochen nach Bekanntgabe der Amnestie noch Unklarheit über die offizielle Beteiligung der Prager Regierung, so änderte sich die Situation grundlegend als in den ersten Junitagen ein „Komitee für die Betreuung von Flüchtlingen, die auf Grund der Amnestie in die CSR zurückkehren“, seine Tätigkeit aufnahm. Unter dem Vorsitz von Dr. Klinger, einem Abgeordneten der sozialistischen Partei, übernahm dieses Komitee mit dem Sitz in Prag I, Platz Dr. V. Vacek 2, die Sorge für alle Rückkehrer. Am 10. 6. erklärte Dr. Klinger auf einer Pressekonferenz, daß jeder Flüchtling ohne Rücksicht auf Nationalität, Glaubensbekenntnis, politische Überzeugung und Parteizugehörigkeit in der CSR willkommen sei. Die Repatrianten sollten sich entweder an die konsularischen Behörden im Ausland beziehungsweise unmittelbar an das Prager Komitee wenden. Nach ihrer Heimkehr würde das Komitee für ihre berufliche und menschliche Eingliederung in den volksdemokratischen Staat sorgen.

Mit der Konstituierung der Klinger-Ausschusses stellte das HEPND-Bulletin, das auf minderwertigem Papier vervielfältigt, bewußt den halbkonspirativen Charakter der vorbereitenden Phase der Rückkehrkampagne kennzeichnete, sein Erscheinen ein. An die Stelle trat eine reguläre mit außerordentlichem Geschick zusammengestellte Zeitung „Hlas Domova“ (Die Stimme der Heimat) — das offizielle Organ des Komitees in Prag. Seit dem 14. Juni 55 wird die Zeitung wöchentlich an die Privatadressen von Flüchtlingen im Ausland verschickt, wobei sämtliche Sendungen den Poststempel Prag tragen. Bisher sind vier Ausgaben im Ausland eingetroffen.

Offensichtlich wurde der Name „Hlas Domova“ als eine programmatische Antwort auf die in München erscheinende Zeitung der tschechoslowakischen Emigration „Hlas Exilu“ gewählt. Reich bebildert, unter Verzicht auf kommunistische Propagandaparolen und im Tone milder als das HEPND-Bulletin wendet sich „Hlas Domova“ vornehmlich an das Gefühl und die Sehnsucht der Flüchtlinge nach der „alten Heimat“. Bemerkenswert ist eine Verlautbarung in der Nr. 3, wonach es Angehöriger bestimmter Exilorganisationen, die nach dem HEPND-Bulletin auf der schwarzen Liste standen, nunmehr freisteht, ebenfalls in die CSR zurückzukehren. Als Beweis für diese Behauptung werden die Namen von zwei ehemaligen Mitarbeitern des Senders Free Europe genannt, die bei ihrer Rückkehr vom Klinger-Ausschuß akzeptiert wurden.

Ein weiteres Mittel der immer intensiver werdenden Kampagne ist die Abhaltung von Pressekonferenzen mit Rückkehrern seit Anfang Juni d. J. Am 4. 6. trat Vladimir Kucera, eine zwielichtige Figur, skrupellos, intelligent und von krankhaftem Geltungsbedürfnis, vor das Prager Mikrofon und gab seine Erfahrungen mit deutschen Flüchtlingsbehörden, karitativen Verbänden und dem Münchner Sender zum besten. Eine Woche später, am 10. 6., standen vier Rückkehrer aus Valka den Journalisten Rede und Antwort, unter ihnen Karel Snajdr (Schneider), der an seine in der Bundesrepublik verbliebenen Kameraden einen senti-

mental verbrämten Appell zur sofortigen Heimkehr richtete. Es folgten Pressekonferenzen und Verlautbarungen des Senders Prag am 14., 16., 22. und 25. Juni. Am 30. 6. plauderten zwölf ehemalige Mitglieder der Fremdenlegion über ihre Eindrücke im „Goldenen Westen“.

Nach vorliegenden Berichten sind bis Anfang Juli insgesamt 41 Flüchtlinge auf Grund der Amnestie in die CSR zurückgekehrt, darunter Agenten und Abenteurer, aber auch enttäuschte und verbitterte Menschen. Aus politischen Gründen d. h. aus Vorliebe für das kommunistische Regime hat kaum ein Einziger den schweren Weg angetreten.

Mittlerweile haben sich amerikanische wie auch deutsche Stellen eingeschaltet und sind bemüht, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der kommunistischen Agitation zu begegnen. Es herrscht Klarheit darüber, daß mit einer Gegenpropaganda allein nichts erreicht werden kann. Nur praktische Hilfe — Beschaffung von Arbeit, Ausbildungsmöglichkeiten, Wohnungszuweisung und Ermöglichung der Auswanderung — kann in diesem Stadium der Entwicklung eine Repatriierung von enttäuschten und aufgetzten Flüchtlingen in die CSR verhindern.

Lage der ungarischen Emigration

Innerhalb der ungarischen Emigration (ca. 30 000), die wirtschaftlich besser situiert, politisch liberal bis rechts gerichtet, einen wesentlich höheren Lebensstandard in den westeuropäischen Gastländern erreicht hat als die Tschechen, Slowaken, Polen und Bulgaren, sind bisher kaum Anzeichen für einen Repatriierungswillen festzustellen. Gewiß gibt es, besonders in Österreich, Fälle von Flüchtlingen, die aus persönlichen Gründen enttäuscht und verbittert, sich mit der Möglichkeit einer Rückkehr nach Ungarn befassen. Aber das sind Einzelfälle, die bei unserer Betrachtung kaum ins Gewicht fallen. Anders sieht es unter den ca. 9000 Ungarn in Frankreich aus. Dort hat die ungarische Gesandtschaft in Paris ein attraktives kulturelles Programm entwickelt, das sich bereits auszuwirken beginnt. Dazu kommt das Nachlassen der politischen Spannungen im Lande selbst, die wirtschaftlichen Fortschritte der nachstalinistischen Ära sowie die Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen Frankreich und Ungarn. Auch hat Ungarn im April eine Amnestie erlassen, den Flüchtlingen, ähnlich wie in Bulgarien, bei freiwilliger Rückkehr Straffreiheit zugesichert. Bedenkt man ferner, daß die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages und die zu erwartende Zurückziehung der Roten Armee aus dem Donaauraum Rückwirkungen auf Ungarn haben dürfte, die heute noch nicht zu überschauen sind, so wird die Sorge verständlich, mit der führende Köpfe des ungarischen Exils in die Zukunft blicken.

Lohnt es sich noch?

Sah es noch vor wenigen Wochen so aus, als würden die Heimkehrparolen von Sofia, Warschau und Prag einer lokalen Initiative entspringen, so besteht seit dem 29. März 1955 kein Zweifel mehr daran, daß Moskau seine Hand im Spiele hat. An diesem Tage trat in Ostberlin ein „Komitee zur Rückkehr in die Heimat“ mit einer Deklaration vor die Öffentlichkeit. Dieses aus ehemaligen DP's zusammengesetzte Komitee wandte sich unter der Leitung des Generalmajors Michailow an die Sowjetbürger im Westen, Russen, Ukrainer, Kalmücken, Georgier, aber auch Esten, Letten und Litauer, mit der Aufforderung, in die Heimat der Werktätigen zurückzukehren. Anlässlich einer von dem Komitee veranstalteten Pressekonferenz wurde ein ukrainischer Überläufer, Prof. Wassilaki, ein wegen seiner politischen Einstellung und seiner undurchsichtigen Verbindungen von den Ukrainern im Westen gemiedener Mann, als erstes Beutestück den Journalisten präsentiert.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß Wassilaki vermutlich bereits seit 1945 sowjetischer Agent gewesen ist, eine Tatsache, die die Glaubwürdigkeit seiner Erklärungen in Ostberlin nicht gerade bekräftigt hat.

Das sowjetische Komitee für die Rückkehr in die Heimat, das sich mit einem großen Mitarbeiterstab in einem ostberliner Bürohaus niedergelassen hat, scheint bisherigen Informationen zufolge eine umfangreiche Tätigkeit zu entfalten: 1. Aktivpropaganda für die Repatriierung von ehemaligen Sowjetbürgern durch Herausgabe von Broschüren, Zeitungen und Briefen — das offizielle Organ des Komitees heißt „Za Voswratschenie na Rodinu“ (Für die Rückkehr in die Heimat). 2. Diskreditierung der Emigranten und ihrer Organisationen in den Augen der westlichen Aufnahmeländer, insbesondere in der Bundesrepublik. (Ein solcher Versuch dürfte das Attentat auf den führenden slowakischen Politiker Prof. Matus Cernak sein — vorausgesetzt natürlich, daß es sich um eine kommunistisch gesteuerte Aktion handelt.) 3. Anwerbung von Agenten zum Zwecke der Diversion innerhalb der verschiedenen Emigrationsgruppen. 4. Genaue Ermittlungen über die antisowjetische Tätigkeit von Emigrantenorganisationen. Der Besitz eines solchen Materials dürfte für die Sowjetregierung in dem Augenblick, wo sie sich bereit findet, über ein zukünftiges Gesamtdeutschland zu verhandeln, von größtem Vorteil sein. Der Verdacht liegt daher nahe, daß der Name „Komitee für die Rückkehr in die Heimat“ aus Gründen der Tarnung gewählt wurde. Auch würde nur eine Massenrepatriierung, mit der die Sowjets in keinem Fall rechnen können, den vom Komitee betriebenen Aufwand erklären.

In großen Zügen ist dies die Situation, wie sie sich heute darstellt. Zehn Jahre, nachdem Stalin die Grenzen seines Machtbereiches bis an die Elbe und Donau vorgetrieben hatte, sehen sich die politischen Emigranten aus Osteuropa und der Sowjetunion einer bedrohlichen Krise gegenüber. Entmutigt durch die lange Zeit des vergeblichen Ausharrens, der Hoffnung auf eine Befreiung ihrer Heimatländer beraubt, wirtschaftlich, aber auch menschlich in unsicheren Verhältnissen lebend, geduldet zwar von den Gastländern und für bestimmte Zwecke der psychologischen Kriegsführung entlohnt, aufgesplittert in unzählige sich gegenseitig bekämpfende Gruppen, erleben sie es, daß die kommunistischen Regime sich zum Angriff auf ihre Existenz rüsten. Und obgleich viele noch entschlossen sind, sich zu wehren, erhebt sich unter ihnen die bange Frage: Lohnt es sich noch? Hat der Widerstand nicht seinen Sinn verloren, wird es uns nicht so ergehen, wie jenen weißrussischen Emigranten, die vergeblich auf eine Rückkehr in Freiheit hoffend, den bitteren Weg einer sinnlos gewordenen Emigration beschritten!

Anmerkung:

Harald Laeuen, geb. 1902 in Stolp/Pom., Studium der Volkswirtschaft, 1924 Dr. rer. pol., 1925—29 Assistent und Dozent am Politischen Kolleg, Berlin. Politischer Redakteur in Stettin und Breslau. 1935—39 Korrespondent in Warschau. Während des Krieges auf dem Balkan und in Berlin. Nach dem Kriege Journalist in Berlin und Hamburg. Herausgeber des „Ost-Dienst“ und Chefredakteur des „Ost-West-Kurier“ in Frankfurt/M.

Robert Bertram, geb. 9. 9. 1918 in Archangelsk/Rußland. Deutschbalte. Wohnte bis 1941 in Reval und Dorpat, wo er Geschichte studierte. Kurz vor Kriegsausbruch zwischen Deutschland und der Sowjetunion ging er nach Posen. Promovierte mit einer Arbeit über den russischen Staatsmann Graf Ostermann, der als Heinrich Johann Ostermann in Bochum geboren wurde. Nach 1945 journalistisch tätig; wanderte mit Familie 1952 nach den USA aus.kehrte im Auftrag einer amerikanischen Organisation nach der Bundesrepublik zurück, wo er z. Z. die Belange heimatvertriebener Ausländer aus den osteuropäischen Staaten vertritt.